

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzkraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der sozialdemokratische Wahlsieg im 19. sächsischen Wahlkreis.

An und für sich kann es der Sozialdemokratie gleichgültig sein, ob 25 oder 24 ihrer Vertreter im Reichstage sind. Aber als symptomatische Erscheinung hat die Wahl eines Sozialdemokraten bei einer Nachwahl gerade jetzt Bedeutung, da der deutsche Reichstag sich mit der Verlangung des Sozialistengesetzes beschäftigt.

Von einer durch das Sozialistengesetz hervorgerufenen Schwächung der Sozialdemokraten kann in der That keine Rede mehr sein.

Auch glauben wir, daß das „erzieherische Moment“ des Ausnahmegesetzes durchaus nicht vorhanden ist im Sinne der Verteidiger des Gesetzes. Wenn gleich zugestanden werden soll, daß die öffentlichen Aeußerungen in Versammlungen seitens sozialdemokratischer Redner vorsichtiger wie früher sind, um die drohende Auflösung zu vermeiden, so muß doch zu gleicher Zeit auch zugestanden werden, daß der veraltete Groll, die Unzufriedenheit unter den Massen der Arbeiter größer und intensiver geworden sind.

So liegt in der That kein Grund auch im Sinne der Regierungsgewalt vor, das Sozialistengesetz zu verlängern. Und das hat auch nach jeder Richtung hin die Wahlkapitulation im 19. sächsischen Wahlkreis gezeigt.

Keine einzige sozialdemokratische Versammlung wurde im Voraus verboten und was wichtiger ist, keine einzige der Wahlversammlungen ist polizeilich aufgelöst worden. Der Reichstag hat den „gemüthlichen“ sächsischen Behörden allerdings das indirekte Gebot zukommen lassen, sozialdemokratische Wahlversammlungen im Voraus nicht zu verbieten und in der That hat die sächsische Polizei dem Reichstagsgebote Folge geleistet. Das ist übrigens recht schön und willkürlich von ihr.

Daß aber auch keine einzige Wahlversammlung bei der Wahlkapitulation aufgelöst worden ist, zeugt gleichfalls von großem Takte der sozialdemokratischen Redner. Aber daran hat das Sozialistengesetz durchaus keine Schuld.

Genau der allgemeine Zustand vor der Herrschaft des Sozialistengesetzes, wo auch keine Versammlungen im Voraus verboten und nur selten sozialdemokratische Wahlversammlungen aufgelöst wurden, war während ca. 4 Wochen im 19. sächsischen Wahlkreis bezüglich der Abhaltung von Versammlungen vorhanden und dieser Zustand hat zu keinen Verhören oder sonstigen Unannehmlichkeiten geführt!

Daraus sieht man die vollständige Wirkungslosigkeit des Sozialistengesetzes, sowohl in Bezug auf die „Erziehung der Sozialdemokraten“, als auch in Bezug auf die Unterbindung oder auch nur die Schwächung derselben.

Auch war in dem 19. sächsischen Wahlkreis die Agitation der Sozialdemokraten eine derart lebhaft, daß sie sich kühn mit jeder Agitation vor Erlaß des Ausnahmegesetzes messen kann. Genügende Geldmittel sind jedenfalls vorhanden gewesen und zahlreiche tüchtige Redner haben für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht.

Da hilft alles Lamentiren des nationalliberalen „Leipziger Tageblattes“ nicht, welches die Reichstagsmajorität anklagt, das Sozialistengesetz während der Wahlperiode illusorisch gemacht zu haben, da in der That lediglich die durch das allgemeine Gesetz verbürgte Wahlfreiheit geschützt wird; da hilft auch die Anklage gegen das Reichswahlgesetz nicht, welches man so gern im reaktionären Sinne zu einem Klassenwahlgesetz umwandeln möchte.

Da hilft auch nicht das Gezeier des genannten Blattes, welches von den friedliebenden und genügsamen erzgebirgischen Arbeitern redet, welche bei der letzten Wahl zu Gunsten der sozialdemokratischen Kandidaten bearbeitet worden seien. Wenn dies wirklich wahr wäre, wenn wirklich in wenigen Tagen friedliebende im dem Sinne der Liberalen „genügsame“ Arbeiter zu „kriegerischen“ und unzufriedenen Sozialdemokraten gemacht worden wären, so würde ja diese Thatfache von den Forderungen und den Ideen der Sozialdemokratie das glorreichste Zeugniß ablegen. Aber so arg war es ja gar nicht. Die erzgebirgischen Arbeiter sind schon seit Jahren nicht mehr „genügsam“ als sie sein müssen, sie haben schon durch die mehrmalige Wahl des Abgeordneten Dieblmecht gezeigt, daß sie aus ihrem Elend befreit sein möchten.

Vor und nach dem Sozialistengesetz dieselben Erscheinungen — die soziale Lage der Bevölkerung bewirkt in erster Linie die Wahl von Sozialdemokraten, in zweiter Linie allerdings die politische Aufklärung, gegen welche ja auch das Sozialistengesetz Front zu machen versucht, allerdings ohne jede mögliche Aussicht auf Erfolg.

Wir wollen diesen kurzen Bemerkungen nur noch hinzufügen, daß zunächst die Reichstagskommission zur Beratung des Sozialistengesetzes ihr Augenmerk auf die Mahnung richten möge, welche die Wahl des fünfundsingzigsten sozialdemokratischen Abgeordneten so eindringlich predigt, daß aber dann auch der Reichstag selbst sich mit der Angelegenheit lebhaft beschäftigt, damit die Majorität desselben sich nicht mehr hinter die Möglichkeit des Gesetzes verstecken kann, sondern dem Volke kundthun muß, daß sie lediglich dem Gesetze zustimmt, weil der Herr Reichstagskanzler von demselben nun einmal nicht ablassen will.

Dadurch wird dann vor dem Volke dokumentirt die Gesinnungslosigkeit einer solchen Majorität und dies trägt dann zur Aufklärung des Volkes doch in soweit

bei, daß die Majorität im Laufe der Zeit zur Minorität wird.

Das aber würde der jetzt mächtigen Reaktion einen Dämpfer aufsetzen.

Politische Uebersicht.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die Monopoldebatte zu Ende geführt. Der Staatssekretär von Bötticher gab die Erklärung ab, daß es durchaus nicht zutrefte, daß Fürst Bismarck leichten Sinnes das Monopol opfere, wenn er in anderer Form eine ausgiebige Brantweinbesteuerung erhalten könne. Nach wie vor halte der Reichskanzler das Monopol für die weitaus beste Besteuerung des Brantweins; er werde auch in der Kommission und in der zweiten Verathung seine Anschauungen über das Monopol persönlich kundgeben. Die verbündeten Regierungen hielten an dem Monopol fest und hofften, daß dasselbe auch in Deutschland noch eingeführt werden würde. Auf einige Zwischenerufe und auf das erfolgte ungläubige Lachen, rief der Minister mit großem Pathos aus: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten!“ Danach muß die Regierung doch noch große Hoffnung haben, das Monopol durchzuführen. Die Nationalliberalen allerdings haben durch ihren Redner, den Abgeordneten Buhl, erklären lassen, daß sie geschlossen gegen das Monopol stimmen würden, aber das geschah in der Zeit, als sie glaubten, daß Fürst Bismarck selbst das Monopol schon aufgegeben habe. Da war es denn recht leicht, vor dem Volke sich „radikal“ auszuspielen. Nun aber hat der Reichskanzler erklärt, daß er bei dem Monopol beharre und — Zeit genug haben ja die Nationalliberalen noch, sich bis zur zweiten Lesung zu besinnen und zu — bessern. Komisch aber klingt nach den gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs von Bötticher die Drohung der „Norddeutschen Allg.-Ztg.“, die Tags zuvor erklärte, daß die Ablehnung des Monopols dahin führen müsse, „daß das Schwerkgewicht der sich immer wieder in den Vordergrund schlebenden finanziellen Bedürfnisse des Reichs, der Einzelstaaten, der Gemeinden dazu veranlaßt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, durch welche diese Bedürfnisse Befriedigung finden können, ohne an die im Reichstage maßgebenden Faktoren verwiesen zu sein. Und so würde der „Sieg“, den Herr Eugen Richter und seine Freunde vielleicht errungen zu haben glauben, eben nichts anderes als eine Niederlage des Reichstages sein.“ — Dies sieht nun doch so aus, als wenn bei

daß demselben mit dieser Verbindung kein Zwang angethan werde.

Erna begegnete ihren ersten Anspielungen darauf mit einem unbefangenen Lächeln. Conard hatte längst aufgehört, für sie der Unverschämte zu sein, als welchen sie ihn früher angesehen und behandelt hatte. Das Unglück hatte ihr stolzes Haupt gebeugt, und seine Heufockel ihr das Uebrige, um sie in dem einst Verachteten einen neuen Freund suchen zu lassen. Seine angebliche Verwandtschaft mit ihrer Wohlthäterin vollendete die Täuschung, in der sie sich jetzt über ihn befand; und als Frau Dahlberg frageweise auf eine Verbindung mit ihm anspielte, empfand sie keine Entrüstung. Sie glaubte die Anspielung scherzhaft gemeint, verrieth doch Conards ganzes Gebahren nicht im mindesten, daß er in sie verliebt sei. Es hatte eine Zeit gegeben, wo er es gewesen; aber das war nach allem Dazwischenliegenden schon recht lange her; und die Zurückweisung, welche sie ihm damals habe zu Theil werden lassen, hätte ihn nach ihrer Meinung von der Aussichtslosigkeit einer solchen einseitigen Liebe vollkommen überzeugen müssen.

Frau Dahlberg blieb aber bei der bloßen Anspielung nicht stehen. Ernas Lächeln war so nichtsagend, daß darin ebenso wohl eine Ermunterung, wie eine Zurückweisung enthalten sein konnte. Sie ging auf dem betretenen Wege weiter. Erna aber dachte: „Laß sie gewähren, sie befindet sich in einem Irrthum, von dem sie ein Hinweis auf Conards besonnenes Verhalten befreien wird.“ Sie gab diesen Hinweis; aber Frau Dahlberg verstand denselben falsch. Sie hinterbrachte Conard, was Erna gesagt; und so fand auch er sich ermutigt, mit der eigenen Werbung allerdings noch sehr vorsichtig, zu beginnen. Zu spät erkannte Erna mit Schrecken, daß sie die Illusion ihrer Freundin nicht vertreiben, sondern auch auf Conard übertragen hatte. Sie verstand seine überaus zarten Anspielungen sehr wohl, und doch hatte sie nach seiner ihr bewiesenen Freundschaft nicht den Muth, denselben so gleich energisch entgegenzutreten.

So verging wieder einige Zeit. Der Sommer neigte sich jetzt seinem Ende zu; aber Conard sprach weder davon, Wien zu verlassen, noch sein Geschäft hier an

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart

von Gustav Köffel.

Seit jenem ersten Geschehen Conard's in der Dahlbergschen Villa waren Wochen vergangen und er verkehrte noch immer dort. Seine Besuche waren immer häufiger geworden und jetzt war er ein thätlicher Gast im Hause seiner angeblichen Verwandten. Erna's edles, vertrauensvolles Herz schloß sich leicht dem falschen Freunde, und das Lügenneß, mit welchem Conard sie umgab, war meisterhaft gewoben. Sie stellte sich so, als habe er nicht die geringste Kenntniß von ihrem Verhältnis zu dem jungen Wintter und plauderte über die bevorstehende Vermählung desselben mit einer reichen Patrizierstochter mit der größten Unbefangenheit. Sie wußte, welche Stiche er damit dem Herzen seiner schönen Tochter versetzte; aber seine Miene blieb kalt. Und wenn einmal, halb unbedacht, eine Thräne zu ihrem Auge emporstieg, wandte er den Blick ab, als bemerkte er die Wirkung seiner Worte nicht. Er war ein Meister in der Verstellungskunst, und seine gleich anfangs betonten veränderten Verhältnisse machten seinen verlängerten Aufenthalt in Wien erklärlich; er wollte sich etablieren, hatte er gesagt, und er verließ nicht, dieses Thema noch recht oft zu berühren. Von seiner Liebe zu Erna sprach er dagegen niemals. Das hätte seine Mittheilungen in Bezug auf Bernhard Wintter weniger glaubhaft erscheinen lassen können. Dagegen erzählte er viel von seinen fortgesetzten glücklichen Spekulationen. Die Kommerzienrätin mochte die Unmöglichkeit eingesehen haben, einen Kampf mit ihm aufzunehmen. Sie sagte sich: „Nun, was willst du? Ich bin ein Aufsteiger.“ Und wann werden Sie mir die Papiere ausliefern? Sie sie ihn nach ihrer ersten Wiederbegegnung gefragt. „An meinem Hochzeitstage mit Ihrer Tochter“, hatte er erwidert. „Also streben Sie dahin, denselben zu beschleunigen; und so eher werden Sie im Stande sein, die Beweise meiner

dem Herrn Reichskanzler die Hoffnung völlig geschwunden wäre, das Monopol zu erhalten. Wer ist nun besser über die Intentionen des Kanzlers unterrichtet, der Herr Vizekanzler oder das Kanzlerblatt? Vielleicht sind beide noch nicht vollständig darüber aufgeklärt, was der Kanzler will. Doch die Sache ist sehr einfach. Die Politik des Kanzlers ist die „von Fall zu Fall“; erhält er das Monopol nicht, so ist er auch mit wenigerem zufrieden — er nimmt, „wo er es kriegen kann.“ Das wird ja in unserer eminent praktischen Zeit „praktische Politik“ genannt und der praktische Politiker beherrscht die Gegenwart. — Im Uebrigen stand die ganze Monopoldebatte nicht auf der Höhe — es war schon allzuviel vorher über das Monopol geredet und geschrieben worden, so daß neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht werden konnten. Uebrigens waren die Reichsboten froh, daß sie endlich aus der Schnapsatmosphäre entlassen wurden.

Von den Gerüchten, die Abänderung der Reichsverfassung betreffend, nimmt nun auch die Münchener „Allgemeine Zeitung“ Notiz. Danach soll die Reichsregierung die Absicht haben, Diktoren den Reichstagsabgeordneten zu bewilligen, wenn der Reichstag auf eine Abänderung des Wahlgesetzes eingetrit, die geheimen Wahlbestimmungen zu beseitigen und das Alter für das aktive Wahlrecht zu erhöhen. — Dieser Handel wäre allerdings für die Regierung ein sehr vorteilhafter — sie würde einen vollständig reaktionären Reichstag erhalten, der ihr dienlich, wie jetzt das preussische Abgeordnetenhaus, sich zu ihren Füßen legen würde. Und dafür die paar Mark Diktoren! Der deutsche Reichstag wird hoffentlich, wenn das Gerücht auf Wahrheit beruht, ein solches Sündengeld nicht annehmen.

Die Landtage sind nationaler als der Reichstag, deshalb müssen dem letzteren die deutschen Kolonien entzogen und auf die Landtage übertragen werden. Diese reptilische Drohung haben wir unseren Lesern schon mitgeteilt und an dieselbe unsere Betrachtungen geknüpft. Auch die „Bürgerzeitung“ in Hamburg schreibt über diese Angelegenheit und kommt zu folgendem Schlusse: „Was uns an dieser fürchterlichen „Drohung“ hauptsächlich, ja allein interessiert, das ist die Behauptung, daß die deutschen Einzellandtage „nationaler“ seien, als der Reichstag. Diese Behauptung zeigt so recht handgreiflich den Unfug, welcher mit dem Worte „national“ getrieben wird. Was heißt „national“? Den Interessen, dem Gefühl, dem Denken der Nation entsprechend. Die „Nation“, welche hier in Frage kommt, kann aber selbstverständlich nur die deutsche Nation, oder auf gut deutsch ausgedrückt, das deutsche Volk sein. Nun giebt es nur einen einzigen Vertretungskörper, der das Fühlen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, also „national“ ist — und das ist der deutsche Reichstag, der aus dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht hervorgegangen ist und die gesamte Nation vertritt. Die Einzellandtage vertreten nur Bruchtheile der Nation und sind obendrein insgesamt aus beschränktem Wahlrecht hervorgegangen — der preussische Landtag insbesondere, den die Reptilien als als Muster hinstellen, aus dem erbärmlichsten Wahlgesetz, das je existirt hat, um mit Fürst Bismarck zu reden. Trotzdem haben die Reptilien die Stirn, die Einzellandtage für „nationaler“ zu erklären, als den Reichstag. Es beweist dies, daß sie das Wort „national“ in einem Sinne gebrauchen, den es gar nicht hat. Diese Leute wissen überhaupt gar nicht, was eine Nation ist. Für sie ist Fürst Bismarck die Nation. Was derselbe fühlt und denkt, hat „nationale“ Gefinnung; wer anders fühlt und denkt, ist unnational, antinational, Reichsfeind u. s. w. „National“ ist für die Reptilien (und deren gehorsame Schüler und Nachbeter) gleichbedeutend mit „Bismarckisch“, mit servil, jaegerisch! Das muß man dem politischen Glaubensbekenntnis unserer Reptilien lassen; es ist außerordentlich einfach, und in seiner Art logisch. Bismarck denkt und fühlt für die Nation; in seiner Person verkörpert sich die deutsche Nation; außer ihm kein nationales Fühlen und Denken. Er ist gewissermaßen die Normaluhr, nach der alle anderen Uhren gestellt werden müssen.“ — Wir sind mit dem Vorstehenden einverstanden und haben in demselben Sinne die Frage schon behandelt, doch möchten wir ausdrücklich bei dieser Gelegenheit nochmals betonen, daß nicht bloß die „Reptilien“ und deren gehorsame Schüler und Nachbeter „national“ mit servil verwechseln, daß vielmehr jene Partei, welche sich als die wahre Vertreterin der deutschen Nation hinstellt, die nationale liberale Partei gleichfalls national und servil als gleichbedeutend erachtet. Und das ist doch viel schlimmer, als das Reptilengeheiß, da jene Partei noch immer fünfzig Vertreter im deutschen Reichstage hat.

Berurtheilung des Sozialistengesetzes. Die gemäßigt liberale „Weserzeitung“ läßt sich aus Berlin schreiben: „Der fünfundsiebzigste Sozialdemokrat ist bei der Wahl im 19. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, Schneeberg, an Stelle des Mitgliedes der Deutschkonservativen, Rittergutsbesitzer Ebert,

welcher sein Mandat niedergelegt hatte, in den Reichstag gewählt worden. Der Kandidat der Sozialdemokraten, Geyer, hat den konservativen Gegenkandidaten, Fabrikbesitzer Bschlich, mit einer Majorität von ca. 1000 Stimmen geschlagen. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hat die sozialdemokratische Partei stets steigende Erfolge erzielt, welche nur zu sehr geeignet sind, die Vordränger dieses Ausnahmegesetzes verkümmern zu machen. Die verhängnisvollste Folge dieses Systems der Ausweisungen, der Beschränkungen der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes ist auf der einen Seite die Verbitterung der von den Vortheilen des gemeinen Rechts ausgeschlossenen Arbeiterbevölkerung, auf der anderen Seite aber die Einschüchterung und Entnerung des Bürgerthums. Die sozialdemokratische Lehre von der einen, die staatssozialistische Theorie von der anderen Seite nehmen das deutsche Bürgerthum in die Mitte und drohen es zu zerreißen. Die Schneeberger Wahl enthält eine ernste Mahnung an die „Staats-erhaltenden“ Parteien, endlich das Ausnahmegesetz zu beseitigen und dem Wahn, als ob ein paar oder ein paar Duzend Polizeimagazine der sozialdemokratischen Bewegung ein Ziel setzen könnten, ein Ende zu machen.“ — Aus diesen Klagen ersieht man, daß das liberale Bürgerthum am schwersten durch das Sozialistengesetz getroffen wird.

Aus Mecklenburg wird der „Post. Bl.“ geschrieben: „Nach dem Wahlgesetz für den Reichstag sind Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorausgegangenen Jahre bezogen haben, von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen. Es ist nun in Mecklenburg vielfach vorgekommen, daß bei Aufstellung der Wahllisten dieser Bestimmung ganz allgemein auf solche Personen Anwendung gegeben ist, denen für ihre Kinder aus öffentlichen Mitteln Beihilfen zur Beschaffung von Lebensmitteln oder zur Verbreitung des Schulgeldes gewährt worden sind. Hier von haben nun mehrere großherzogliche Amtsbehörden Anlaß genommen, die Gemeindevorstände ihrer Amtsbezirke darauf hinzuwirken, daß die Gewährung solcher Beihilfen an einzelne Personen, deren Hilfsbedürftigkeit nicht festgestellt worden ist, nicht als eine Armenunterstützung im Sinne des § 3 Nr. 3 des Reichswahlgesetzes anzusehen ist, die betreffenden Personen also nicht von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen sind.“ — Die so vielfach als reaktionär geschilderte mecklenburgische Regierung zeigt sich hier einmal viel liberaler, als die preussische oder sächsische Regierung, unter deren Regide es oft vorgekommen ist, daß die Wahlfähigkeit eines Wählers von der Empfangnahme eines Schulbuchs oder einiger Schreibmaterialien für seine Kinder abhängig gemacht worden ist. Auch der Reichstag sollte bei seinen Wahlprüfungen die Maxime der mecklenburgischen Regierung zur Richtschnur nehmen.

„Der Geierstanz im Erzgebirge“, so erzählen die konservativen „Dresdener Nachrichten“, hat damit geendet, daß der sozialdemokratische Geier aus Großenhain den Fabrikanten aus Geier besetzt hat. Daß der stets schwankende Wahlkreis diesmal zum Geier ging, ist schmerzhaft für die Ordnungsparteien, aber die Nachricht trifft sie nicht unerwartet. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß die vereinten Nachwahlen stets radikaler ausfallen, als die Hauptwahlen. Richtiger ausgedrückt: bei den Nachwahlen ist die Opposition stets im Vortheil gegen die Regierungsparteien. So machen in England die Konservativen stets bessere Geschäfte bei den Nachwahlen, als die Liberalen, wenn letztere am Ruder sind. In Frankreich und Deutschland fallen fast immer vereinzelte Wahlen gegen die Regierung aus. Das hat seine naheliegenden Gründe. Bei Hauptwahlen entscheiden die Wählerklassen nach großen durchgehenden Gesichtspunkten, bei Nachwahlen machen sich allerhand Nebenfragen mitbestimmend geltend. Noch einflußreicher aber ist es, daß die radikalen Parteien bei einzelnen Nachwahlen im Stande sind, ihre ganze Agitationskraft, die sie bei den Hauptwahlen über alle Wahlkreise vertheilen müssen, auf den einzigen Punkt zu konzentriren. So haben auch diesmal die Sozialdemokraten wiederum ganze Scharen von Agitatoren über den erzgebirgischen Wahlkreis Schneeberg-Stollberg-Lugau-Bönitz losgelassen. Der ganze hohe Rath der Sozialdemokratie stand dahinter, die Parteileitung in Bärth bewilligte die Geldmittel, die Reichstagsabgeordneten feuerten ihre besten Wahl-Agenten persönlich an. Es lag den sozialdemokratischen Führern in Bärth ganz besonders viel an der Wahl Geyer's, der als noch weiter linksstehend gilt als selbst Liebnicht und Bedel. Zu seinem Siege wirkten aber noch mehrere besondere Umstände mit. Das Branntweinmonopol ist inzwischen am politischen Horizonte aufgetaucht; es treibt viele bei Wahlen besonders einflußreiche Leute, die hiedurch ihren bisherigen Erwerb ganz zu verlieren oder geschmälert zu sehen fürchten müssen, ins sozialdemokratische Lager, als da sind: kleine Dorfkrämer, Gastwirthe und Schnapsverläufer. Andere wieder, Bergleute und Fabrikarbeiter, befrüchten eine Vertheuerung des Schnapses. Der Kandidat der Ordnungsparteien, Fabrikant Bichterich, hat zwar auf das Bestimmteste erklärt, daß er gegen das Branntwein-Monopol stimmen würde; aber es half ihm

nichts bei den gefühllos misstrauisch gemachten Arbeitern. Auch die Frage des Hausthandels spielte mit in die Wahl und zwar zu seinen Ungunsten. Gerade aus jenem ergebirgischen Wahlkreise ziehen jedes Frühjahr viele Hunderte von Haustirern aus, die Blechwaaren, Spizenlöpplerarbeiten, Posamenten und dergl. vertreiben. Diese wackeren Leute verdienen sich mit dem Haustiren ihrer zum guten Theil selbst gefertigten Erzeugnisse einen sauren Bissen Brod, den ihnen Niemand schmälern wird. Sie unterscheiden sich ganz wesentlich von jenen aufdringlichen Haustirern mit sogenannten Blechwaaren und allerhand Tand und Schundzeug, die für die Landwirthe eine unaussprechliche Plage geworden sind. Die bäuerlichen Wähler verlangten vom Kandidaten Bichterich, daß er mithilfe, sie von diesen Schmarozern zu befreien; da ist es denn ungeheuer schwierig; den draven Blechlöffelreuten und Posamentirern des Erzgebirges begreiflich zu machen, daß ihr redlicher Haustirbetrieb beides beidem kann und soll, auch wenn die Gesetzgebung jenem Auswuchs zu Leibe geht. Die Sozialdemokraten haben leichte Arbeit, sie gegen einen Kandidaten einzunehmen, den man als Feind allen Haustirgewerbes verächtlich. Weiter hat die schwankende Haltung der Fortschrittspartei abermals den Sozialdemokraten ihr Geschäft wesentlich erleichtert. Der Wahlkreis war ernstlich von den Sozialdemokraten bedroht; er ist mehrere Male von Liebnicht vertreten gewesen. Das war bekannt. Jedes Auftreten einer fortschrittlichen Kandidatur konnte nur den Sozialdemokraten zu Gute kommen. Zwar hat das logale Verhalten der fortschrittlichen Abgeordneten in der 2. Kammer dies Neuzertheil vertheidigt; aber Eugen Richter in Berlin war damit nicht einverstanden. Mehrfache Anläufe zu fortschrittlicher Sonderkandidatur wurden auf sein Betreiben hin gemacht und wenig erfolgreich ausgefallen, brachten sie doch Verwirrung in die Reihen der Ordnungsparteien. Man kann nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß fortschrittliche Wähler aus Kerger darüber, daß der auch mehrmals von einem der übrigen vertretenen Wahlkreise ihrer Partei ganz verloren gegangen ist, diesmal sich durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gerächt hätten. Aber die Fortschrittspartei hat den Ordnungskandidaten aus lauter Unterstützung und nichts für ihn öffentlich gethan. — Das eine andere Persönlichkeit als Bichterich bessere Aussichten gehabt hätte, kann man wohl kaum sagen. In seinem Wahlkreise Geier selbst regte er glänzend (587 gegen 208) aber seinen Gegner. Das Vertrauen Decer, die persönlich sein Wählerkannth, hat ihm also doch wohl nicht gefehlt und man muß diesem Manne für seine große Thätigkeit im Interesse der Ordnungsparteien dankbar sein. Es ist eben nicht Jedermanns Sache, sich dem Hegefeuer der Wahlauflösung hinzugeben und mehrere andere Personen hatten sich geweiht, sich den Schmähungen und Verdächtigungen der Sozialdemokraten, nach dazu bei der Unterstützung einzelner Ordnungsparteien, anzusetzen. Bei der Hauptwahl am 28. October 1884 hatte der konservative Ebert mit 7692 St. über den Sozialdem. Liebnicht (6065) gesiegt. Jetzt hat Ebert's Nachfolger 7400 St. erhalten, der Sozialdemokrat Geier 8500 St. Die Fortschrittspartei ist also wohlwärtig zu Hause geblieben, haben nicht mit gestimmt und die Zahl der Sozialdemokraten wurde beträchtlich. Das ist ein unerfreuliches Ergebniß — ein Beweis von dort fast Alles in die Worte zusammen: Schlechte Zeiten das! — aber ein Grund zum Verzagen liegt nicht vor. Die Ordnungsparteien werden bei den künftigen Hauptwahlen ihre Sache besser machen, sich enger zusammenschließen, namentlich werden, von dieser Erwartung mögen wir uns nicht trennen, die fortschrittlichen Wähler Sachsens künftig mehr auf das Urtheil der fortschrittlichen Landtagsfraktion, als auf die Hegeereien Eugen Richter's hören. Dann werden wiederum die Ordnungsparteien ihr patriotisches Banner über einem Wahlkreise wehen sehen, den jetzt der Geier behält hat. — Dieses förmliche Sammelurtheil von Vereintreuen und Ungetreuen, die das Dresdener Blatt aufstieß, wollten wir unseren Lesern nicht vorenthalten schon das Anknüpfens wegen, die dasselbe scharflich bereiten wird.

Reparaturwesen. Durch verschiedene Berliner und gebirgische auswärtige Blätter geht folgende Notiz: „In einer sozialdemokratischen Volksversammlung in Berlin hat der Abgeordnete das von seinen Parteigenossen im Reichstage eingebrachte Wahlgesetz besprochen, dessen wichtigste Bestandtheile die Einführung verschönerer amtlicher Umschläge für die Stimmzettel und die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf 21 Jahre sind. Das Interessanteste an dem Vortrage war die unter bitteren Klagen vorgetragene Mittheilung, daß Niemand im Reichstage, selbst die Demokraten nicht, mit der Herabsetzung des wahlfähigen Alters einverstanden sei.“ — Es ist dem Abg. Dalencler gar nicht gefallen, so sagen, daß Niemand im Reichstage außer den Sozialdemokraten für die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf 21 Jahre einverstanden sei. Da würde derselbe ja wieder ein besseres Wissen die Unwahrheit gesagt haben, da in der That mehrere Demokraten resp. Volksparteier in dieser Frage mit den Sozialdemokraten einig sind. Der Abg. Dalencler hat wie unser genauer und ausführlicher Bericht über die betreffende Versammlung bestätigt, lediglich von der Haltung der be-

Orte zu begründen. Erna fand das etwas seltsam. Sie hatte anfänglich wirklich geglaubt, daß er nur mit der letzteren Absicht hier weile; jetzt zum ersten Mal dämmerte ihr der Gedanke, daß sie allein es sein könnte, welche ihn hier festsetzte. Dann aber mußte ein heimliches Einverständnis zwischen ihm und seiner Lante bestehen, dessen Zweck jetzt immer offener zu Tage trat.

Erna fand sich aber noch nicht ernstlich beunruhigt. Wie die Verhältnisse lagen, konnte ihre Beschützerin trotzdem aus den reinsten Motiven so handeln, wie sie es that, und mit keiner anderen Absicht, als um Erna's Zukunft sicher zu stellen. Vielleicht hatte die ganz vereinsamte reiche Frau vor, ihren Neffen zu ihrem Erben zu machen, und dann war es allenfalls nur ein neuer Beweis ihrer Liebe für Erna, wenn sie bemüht schien, sie, die in Armuth versunkene, dem reichen Erben zu vermählen. Sie nahm sich vor, Frau Dahlberg bei Gelegenheit die Augen über ihren Irthum zu öffnen, und diese Gelegenheit bot sich bald und oft, aber immer wieder ließ sie Erna ungenüzt verstreichen. Die Verbindung schien ein Herzenswunsch ihrer Wohlthäterin, und es kam ihr schwer an, denselben zunichte zu machen. Für so viel empfangenes Gut, so viel Unbarmherzigkeit, das befreiende Wort wollte ihr nicht von den Lippen.

Frau Dahlberg glaubte nun ihrer Pflicht gegen Contard und gegen sich selbst genügt zu haben; sie ließ den Gegenstand fallen, schuf aber fortan gern Gelegenheiten für ein ungestörtes Zusammensein der beiden jungen Leute. Mit derselben Beharrlichkeit wich Erna diesen Gelegenheiten aus.

Contard runzelte die Stirn, sein Blick wurde finster und zuweilen, wenn er dann seiner Lante begegnete, drohend. Die letztere zeigte wieder dieselbe tödliche Verlogenheit, wie bei seinem ersten Erscheinen hier.

Erna bemerkte das Alles mit stiller Verwunderung. Sie erkannte nun selbst, daß es hoch an der Zeit war, ein entscheidendes Wort zu sprechen.

Es war ein Herbstabend, so kalt und unfreundlich wie der, welcher ihr ewig unvergessen in der Erinnerung stand — der Abend ihrer Flucht aus dem Elternhause. Bleifarbes schweres Gewölk bedeckte den Himmel, an dessen

weißlichem Rand ein blutrother Streifen sich hinzog, der Widerschein der soeben untergegangenen Sonne. Der Nachtwind strich seufzend durch die Zweige, deren herblich gefärbte Blätter pflegend, welche dann wiebelnd die Luft durchsaften. Von dem nahen Flusse stiegen Nebel auf und verbreiteten sich schichtweise zu beiden Seiten der Ufer. Und über diese lichtvolle Fläche krochen spinnennartig die Schatten der Nacht. „Ganz wie an jenem Abend“, dachte Erna, und leise schauernd wandte sie sich in das Innere des schön erwärmten Zimmers.

Frau Dahlberg war darin. Sie saß vor dem Kamin und starrte sinnend in die lustig brennende Flamme.

Es war eine Stunde, wie geschaffen zu einem vertrauten Zwiegespräch und Erna beschloß, die Gelegenheit wahrzunehmen, um ihrer Freundin Alles zu sagen.

Aber Frau Dahlberg kam ihr zuvor. Sie mochte dasselbe Bedürfnis zu einer Erklärung fühlen und jeden Augenblick konnte Contard zu seiner gewöhnlichen Abendvisite kommen.

„Setzen Sie sich zu mir, Erna“, sagte die ältere Dame, „ich habe mit Ihnen zu reden.“

„Und ich mit Ihnen, ihuerste Freundin“, entgegnete Erna, und wenn ich der Stimme meines Herzens trauen darf, so ist es ein und derselbe Gegenstand, von dem wir sprechen werden.“

„Das wäre?“

„Contard's Werbung um meine Hand.“

„Hat er Ihnen schon einen Antrag gemacht?“ fragte Frau Dahlberg überrascht.

„Nein, aber Ihre Frage bestätigt meine Vermuthung, daß er mir einen Antrag machen will und zwar bald.“

„Allerdings, mein Kind, so ist es; und da wir einmal so rückhaltlos darüber sprechen, sagen Sie mir ganz offen und ehrlich, wie denken Sie darüber?“

„Ganz offen und ehrlich denn“, entgegnete Erna, „ich liebe Herrn Contard nicht, ja, es gab sogar eine Zeit, wo ich ihn haßte. Sie ist vorüber, im Zeitenstrom vertraufelt. Die Empfindungen wechseln, die Ansichten; und es kann wohl vorkommen, daß ehemalige heftige Gegner einander

in einer späteren Zeit noch einmal recht freundschaftlich bei Hand drücken. So ist es auch mit uns geworden, mit mir und Herrn Contard. Ich kann ihm jetzt in Freundschaft die Hand bieten als einem Mann, den ich einmal haßte, wie ich kann habe und der von mir jetzt umso mehr Rücksicht verdient kann. Da beginnen und da enden unsere Beziehungen. Ich achte ihn, und das ist Alles.“

„Und Sie glauben, daß auch nicht die Zeit kommen wird, wo ihre Freundschaft in Liebe übergehen kann? Der Schritt wäre wenigstens weniger groß, als der von Freundschaft zur Freundschaft.“

„Und er läge nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, wenn — mein Herz überhaupt noch frei wäre.“

„Es ist es nicht?“

„Nein, ich liebe einen Anderen.“

„Wen? ... Aus Freundschaft, aus — Liebe freige?“

„Erna nannte den Namen, und indem sie ihn aus- sprach, erklang er in ihr selbst wie eine Erlösung von ihrem schwerem Bann. Wenige ermunternde Worte von ihrer älteren Freundin genügten, um sie Sener ihr ganzes Herz ausschütten zu lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Aus Kunst und Leben.“

Im Deutschen Theater wird heute, Sonntag, 7. Tropfen Blut und morgen, Montag, Nathan der Weise gegeben. Außerdem bringt das Repertoire dieser Woche Wiederholungen von „Das Käthchen von Heilbrunn“, „Ein Tropfen Gift“, „Die armen Reichen“ und „Der Königsleichen“. Projektirtes Repertoire der königlichen Schauspieltheater vom 7. bis 14. März 1886. Im Opernhause: Sonntag, den 7.: Lohengrin (Herr Niemann); Montag, den 8.: Die Stimme von Paris; Dienstag, den 9.: Der Trompeter von Säckingen; Mittwoch, den 10.: Antigone; Donnerstag, den 11.: Säckingen; Freitag, den 12.: Die bestmögliche Landhäuser (Herr Niemann); Samstag, den 13.: Die bestmögliche Landhäuser; Sonntag, den 14.: Carmen. Im Schauspielhause: Sonntag, den 7.: Die Karolinger; Montag, den 8.: Das Stiefkind; Dienstag, den 9.: Johanna; Mittwoch, den 10.: Lili; Donnerstag, den 11.: Minna von Barnhelm (Herr

den Gefellen in St. Pauli und Altona ausbrechen. Es wurde, dem „Domb. Korresp.“ zufolge, in dieser Versammlung ein Preislaunant für sämtliche Arbeiter mit einer Erhöhung bis zu 75 pCt. vorgelegt, der einstimmig genehmigt wurde und den Meistern vorgelegt werden soll. Der Streik soll sofort beginnen, wenn die Annahme nicht erfolgt. Zur Unterstützung der streikenden Gefellen und um die Unverletzlichkeit in den Stand zu setzen, Altona sofort zu verlassen, wurde bereits ein F. n. ds. gesammelt.

Vereine und Versammlungen.

Aus Lübeck wird uns geschrieben: Vom Kampf mit dem Schatten des Mittelalters. Durch das Vorgehen der Innungen sind wir gezwungen, auch und mal hören zu lassen. Vor Jahresfrist hat sich der Vorstand des Fachvereins der Schneider mit dem Vorstande der Innung dahin vereinigt, daß arbeitsnachweisbureau gemeinsam zu regeln und zu kontrollieren, und als Unterstützung von jeder Seite an Fachvereinsmitglieder 50 Pf. zu entrichten, an Nichtfachvereinsmitglieder 25 Pf. Dies ist bis vor kurzer Zeit innegehalten und auf's Vorzüglichste geregelt worden. Ende Januar aber erhielten wir die Kündigung in kurzen Worten zugesandt, daß die Innung vom 1. Februar an hieron zurücktrete, ohne irgend einen Grund anzugeben. Daß die Innungen dabei einen Roup im Schilde führten, ahnten wir. Darauf erließen denn auch ein Inserat in den hiesigen „Lübeckischen Anzeigen“, daß sämtliche Innungen sich mit dem Verein gegen Hausbetriebe in's Einvernehmen gesetzt und ein Zentral-Arbeitsnachweisbureau gegründet hätten, um entschiedene Front zu machen gegen die Fachvereine. Die Schneider-Innung ging noch weiter, indem sie in der Versammlung vom 1. Februar beschloß, laut Statut § 44, Absatz 9, keine Gefellen von Arbeitsnachweisbureau des Fachvereins einzustellen, bei einer Strafe von 10 M., wenn es nicht von einem Innungsmeister überwacht würde. Das ist nämlich früher geschehen. Man sieht, daß eine förmliche Verschwörung seitens der Innungsmeister gegen die Fachvereine existiert. Dagegen anzukämpfen, halten wir natürlich für unsere moralische Pflicht. Die Innungsmeister gehen sogar schon mit direkten und indirekten Vorgehensweisen vor — z. B. bei den Tischlern hat ein Innungsmeister Fachvereinsmitglieder gemahnt mit den Worten: „Wie können Sie als Fachvereinsmitglied noch Arbeit von mir verlangen?“ Bei uns Schneidern ist ein Herr Hüstermann — ein großer liberal-konservativer Hünfler — früher große Arbeiterfreund — der hat sich die Sache leichter gemacht, indem er vor früheren zugesandten Gefellen, welche die Preise einigermaßen hochhielten, verlangte, sie sollten im Februar Jackets mit 4 Taschen und Futter für 150 M. machen, was natürlich angenommen wurde. Da er nun erklärte, keine andere Arbeit zu haben, so wurden die Gefellen, weil sie die Jackets nicht machen wollten, entlassen. Als diese aufhörten, ging Herr Hüstermann zum jetzigen Innungs-Institut, verbunden mit dem Verein gegen Hausbetriebe, be-

stellte Gefellen und erhielt auch welche. Dieselben sind aber schon wieder über alle Berge. So wird es auch bleiben. Rein Arbeiter wird sich da aufhalten, wo Derartiges vorkommt. Herr Hüstermann und die anderen „Kadernänner“ irren sich ganz gewaltig im Jahrhundert. Wir haben nun in der letzten Versammlung beschlossen, daß Nichtinnungsmitglieder unentgeltlich Gefellen zugesandt erhalten, wogegen die Innungsmitglieder 1 M. Einschreibegeld für zu entrichten haben. Bezüglich Einiger ist beschlossen worden, daß ihnen überhaupt gar keine Gefellen zugesandt werden sollen. Wir bitten alle Kollegen, Sorge tragen zu wollen, daß der Fuzug soviel wie möglich ferngehalten wird, damit wir nicht in eine schlimme Lage kommen. Ferner ersuchen wir alle Kollegen, die den Fachvereinen noch fern stehen, sich diesen anzuschließen, damit solche feindselige Angriffe der Innungen und organisiert und zur Abwehr bereit finden. Jeden hier zugereisten Kollegen bitten wir, genau auf Firma und Hausnummer unseres Verlehrslokals zu achten, da die Innungen ihre Herberge „geradeüber“ unserem Verlehrslokal eingerichtet haben und also Arglose leicht abgefangen werden können. Unser Verlehrslokal befindet sich im „Hofsteinschen Hause“ bei Herrn Rumohr, Matlesgrube Nr. 22, von oben rechts, von unten links. Jeder zugereiste Kollege erhält, wenn er auf unserm Verlehr logirt, vorläufig eine Unterstützung von 50 Pf. Der Fachverein der Schneider zu Lübeck.

Große öffentliche Versammlung der Tischler. Heute Sonntag, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Rothacker, Teltowerstraße 3 (Eingang vom Garten). Tagesordnung: 1. Lohnfrage und Fachorganisation. Referent: P. Furchbar. Korreferent: B. Schmitz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bezirks-Verein der Draniensburger Vorstadt am Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Beddingpark, Müllerstr. Nr. 178. Tagesordnung: 1. Wie stellt sich der Verein zu den Kommunalwahlen. Referent: Herr Tischler Gustav Volgt. (Fortsetzung der durch Auflösung unterbrochenen Tagesordnung der letzten Versammlung). Die Stadtverordneten der Arbeiterpartei sind eingeladen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. — Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Flugtauben-Klub. Jeden Montag, Abends 9 Uhr, in Restaurant Preuß. Draniensstr. 51.

Berliner Studienteur-Verein. Versammlung am Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rieft, Kommandantenstraße 71/72. Tagesordnung: 1. Vorlage der Geschäftsordnung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.

Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler. Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr Raunynstraße 44 Versammlung. Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten. Zum Besten der „Nationalen kaufmännischen Kranken- und Sterbekasse“ (E. G. 71) findet am Donnerstag, den 11. März, im „Königsstadt-Restaurant“, Holzmarktstraße Nr. 72, ein Kränzchen, verbunden mit Vorträgen und kleinen Ueberraschun-

gen, statt, wozu sämtliche Kaufleute des wohlthätigen Zweckes wegen eingeladen werden. Billets 75 Pf. für Herren, 50 Pf. für Damen sind bei den Herren August Hing, Anklamerstraße 15, E. Berthel, Dragonerstraße 9, sowie im Bureau der Kasse, Neue Grünstraße 41 u. Nachmittags von 2—4 Uhr und bei sämtlichen Vorstandmitgliedern zu haben.

Freie Vereinigung der Graveure, Ziseleure u. Montag Abends 8 1/2 Uhr, Annenstr. 16, Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ueber Anlauf neuer Werk. 3. Ueber die deutsch-nationale Ausstellung. 4. Verschiedenes.

Männergefangenenverein „Schneeglöckchen“ jeden Montag Abends im Restaurant Raunynstraße 78.

Fachverein der Tischler. Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Geisach über „Arbeiter-Hygiene“. Diskussion. Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Billets zum Rasenball, welcher am Sonnabend, den 15. d. M., in der „Berliner Ressource“ stattfindet, sind in der Versammlung und bei den Vereinsmitgliedern Böhm, Johannstraße 10, Hof III; Frst, Hollmannstraße 1a; Gruenwaldt, Bringenstraße 6, IV bei Krause; Thumann, Raunynstraße 77, III; Rißla, Wienerstraße 42, I; Tzierbach, Neue Königstraße 72, Hof III; Witte, Invalidenstraße 21, II; sowie an Wochentagen jeden Abend und Sonntags, Vormittags von 9—11 Uhr, bei den Arbeitsvermittlern, Blumenstraße 56 (Tischlerberg) zu haben. Die nächste Vereinsversammlung im Osten Berlins findet am Montag, den 15. d. M., in Saegers Lokal, Grüner Weg 29, statt.

Verband der Möbelholzer Berlins und Umgegend. Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, Grüner Weg 29, bei Saeger, Versammlung. Tagesordnung: Das Arbeiterschutzgesetz. Referent Herr Reichstagsabgeordneter Frohne. 2. Vorgelegte der Fragebogen zur Lohnstatistik. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Allgemeine deutsche Kranken- und Begräbniskasse für Weber, Spinner, Färber und Arbeiter in verschiedenen Berufsweigen d. G. (E. G. 67, Chemnitz). Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, Generalversammlung, Gr. Frankfurterstraße 131. Tages-Ordnung: 1. Kasenbericht von 4. Quartal 1886. 2. Statutenänderung event. Anträge an die Generalversammlung, welche am 28. März in Gera stattfinden. 3. Wahl eines Delegierten zu der Generalversammlung. 4. Neuwahl des Lokalvorstandes. Die weiblichen Mitglieder werden ebenfalls ersucht, sich zahlreich an der Versammlung zu beteiligen, auch sie sollen Mitberather sein über die Angelegenheiten der Kasse.

Verband deutscher Zimmerleute. (Lokal-Verband Berlin-Weißensee) Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, im Donath'schen Lokale, Versammlung. Tagesordnung: 1. Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.

Theater.

Sonntag, den 7. März.
Opernhaus. Hohenrin. Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.
Montag: Die Stumme von Portici. Oper in 3 Akten von Scribe.
Schauspielhaus. Die Karolinger. Trauerspiel in 5 Akten von Ernst von Wildenbruch.
Montag: Das Stiftingsfest. Schwank in 3 Akten von G. von Moser.
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.
Montag: Nathan der Weise.
Wallner-Theater. Leichte Streiche. Vorher: Groß Reinemachen.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Dentle.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Welt-Alliance-Theater. Pariser Leben. Romantische Operette in 4 Akten von Meilhac und Halévy.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Bienenbaron. von Joh. Strauß.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Louisenstädtisches Theater. Abracadabra.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Der Stabs Trompeter.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Vittoria-Theater. Messalina.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Ostend-Theater. Der Kaufmann von Venedig.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Vassage 1 Treppe. 9 u. Morg bis 10 u. Ab. [852]
Kaiser-Panorama.
 Nur diese Woche:
 Eine interessante Wanderung d. Wien. 1. Abth.: Die malerische Schweiz, St. Gotthardbahn. Dertha-Reise. a. Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Alhambra-Theater.

Ballnertheaterstraße 16. [851]
 Heute und folgende Tage:
Moderne Pagabonden,
 Fosse mit Gesang in 8 Bildern von Dr. Ed. Jacobson. Musik von Michaelis.
 Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Wochentags Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Masken-Garderobe

F. Stenzel,
 Nr. 21, Dresdener-Straße Nr. 21.
 Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen. 745)
 Vereine Ermäßigung.
 Ein schönes Bett, neu, sof. f. 22 M. zu verf. Reichenbergerstr. 183 im Kistengeschäft. [874]

Roh-Tabak!!

901]

Die ganzen großen Bestände eines in Konkurs gerathenen holländischen sehr bedeutenden Hauses haben wir wesentlich unter der Care erworben und offeriren daher enorm billig: Sumatra-Decks, vorzüglich in Brand und Farbe, 1 1/2 bis 2 Pfd. Deckkraft 16 1/2, 20, 25 Sgr. u. 1 Ehr. Pfälzer- u. Rebus-Imblatt und Aufarbeiter, guter Brand und beste Güte 6 und 7 1/2 Sgr. Pfälzer u. Rebus-Einlage, guter Brand und Qualität, nur 5 1/2 Sgr. Fein-Gras-Einlage und -Imblatt in bester Waare schon zu 7 1/2, 8 u. 10 Sgr. Außerdem Havana- und Java-Decks, Carmen, Domingo, sämtliche Einlagen u. bedeutend billiger wie jede Konkurrenz, so lange dieser Vorrath reicht.

Rohtabakshandlg. Lothringerstr. 48, Hof I.

Anserhalb Maßer gegen Nachnahme.

Meine Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Fabrik

habe ich von der Draniensstraße 85/86 nach der

Jerusalem-Strasse No. 65 verlegt.

902

Hochachtungsvoll **Georg Haake.**

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider

gegründete

Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider

zu Berlin (E. G.)

No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.

empfehlen ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Vorte und Knöpfe.

Herren-Garderoben

jeder Art werden nach Maß angefertigt.

Recke Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Beste Preise.

Der Vorstand und Verwaltungsrath.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Reelle Waare garantiert.**

Neu! Rüdorsdorferstraße Nr. 8. Neu!

Restaurant zum Feuerhaken

von **Emil Böhl.**

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein vorzügliches **Weißbier.** Pfefferberger Bier-Anschank. Vorzügliche Küche. Großer Frühstücksstisch. Um recht zahlreichen Besuch bitten [890] **J. A.: W. Haugk.**

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren

eigener Fabrik von eigener Fabrik

C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Strasse Nr. 130,

liegt an der Friedrichstraße.

empfehlen sein Lager aller Arten Möbel und Polsterwaaren zu streng soliden Preisen. 814 **Theilzahlungen gestattet.**

Meine Destillation, Bier, Frühstüd- und Billardstude, sowie Pagenhofer u. helles Lagerbier a Glas 10 Pf. empfehle bestens **A. Barthel,** Rottbusser Damm 58 (Herrmann-Platz 4). 382

Wachtung! H. F. Dinslage, Rottbusserstraße 4, Hof part. Rein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabal 2 Pfd. 70 Pf. 348

Kanarienvögel.

Eigene Züchterei mit höchsten Preisen prämiert. Lager von

Bogel- und Hebbauern.

Alle Futterarten.

Besten süßen Sommerrübsen. Echtes

Kantussamen

gegen Heiserkeit und zur Beförderung des Gesanges. Alle Utensilien für Vögel. — Gold- und Kupfer-Depot. [890]

Julius Michow,

Berlin SW., Friedrichstraße Nr. 247.

Elegante Masken-Garderobe

C. Tietz, Dresdenerstraße 37.

Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besonders Begünstigungen.

Neu **G. Sodtke.** Neu Admiralstr. 38 Admiralstr. 38
 Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf.
 Mittagstisch (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.
 Abendstisch nach Belieben. Billig und kräftig. [947]

Die am 31. Dezember vom **Brand**

leicht beschädigt. Herren-Garderoben werden sorgfältig enorm billig ausverkauft. Winter- u. Sommer-Paletots 5 Mark. Feinleider von 3 Mark, Einsegnungs-Anzüge 10 Mark u. [805]

L. Prinz,

Prinzenstr. 41, neben Rudolf Mosse.

Verkaufsstelle: **Flur rechts.**

Warum

erfreut sich meine Gummi-Wäsche einer immer

größeren Beliebtheit?

Ein Herr braucht jährlich wenigstens:

3 Dyd. leinene Kragen a 700 Pf. = 1400

Wäscheled per Tag a 5 Pf. = 1500

Gesamtkost d. lein. Wäsche p. Jahr = 2900

4 Stück Gummikragen a 60 Pf. = 240

2 Seife a 20 Pf. = 40

Gesamtkost d. Gummikrag. p. Jahr = 280

Ersparnis zu Gunsten der Gummikrage alle

29,20 M. Bei Mandetten ist der Vor-

theil noch größer. Strickragen 50 Pf. Um-

legelragen 70 Pf. Mandetten 1,20 Mark.

!! Darum !!

Billigste Bezugsquelle im Generaldepot der

Hyatta-Wäsche **Maison Gray,** Taubensch. 34,

zwischen Friedrichstraße u. Schauspielhaus.

NB. Auch Neuh. i. Handschuh, Arabatt, Golett.

Roh-Tabak.

Sämtliche in- und ausländische Tabake offer-

irten in Ballen und ausgewogen. 831

Sumatra

von 185—500 Pf.

Berthold Frank & Co.

N., Brunnenstr. 7.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 56.

Donntag, den 7. März 1886.

III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 6. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Voetischer, von Scholz, von Burchard.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält der Abg. Schallha das Wort:

In meiner Rede vom 10. Februar über die Bährungs-
erwähnte ich eine Thatsache, die mir im Vertrauen von
zuverlässigen Personen mitgeteilt worden war. Dies ist
Betonung dazu geworden, daß ich eine Ladung vom
Amtsgericht I zum 1. d. M. zur Zeugenvernehmung
erhielt. Ich war am 1. d. M. verhindert zu erscheinen, ent-
schuldigete mich und fand dieselbe Ladung vorgestern wieder.
Sie war versehen mit der üblichen Warnung gegen das
Versäumnis, die Ladung zu empfangen, und es sollte der
Termin dazu dienen, mein Zeugnis abzugeben gegen „Un-
glaubwürdigkeit“. Ich habe dieser Ladung entsprochen. In der Erwä-
gung aber, daß, wenn die Praxis Platz greifen sollte, daß
Rechtsabgeordnete für das, was sie erfahren und was
im Vertrauen mitgeteilt worden ist, zur zeugeneidlichen
Erklärung gezwungen werden könnten, daß dann den Mitglie-
dern des Reichstags Informationen aus dem Volke, welche
bisher vertraulich zugegangen, und, auf die sie ange-
wandt sind, nur außerordentlich spärlich zustieße, ja vielleicht
unterbleiben würden, — in weiterer Erwägung, daß
Mitglieder des Reichstags zu einer Rücksicht gezwungen
würden, welche die verfassungsmäßige Rebe-
digung illusorisch machen würde, daß es sich also
ein wichtiges Recht des Reichstags handelt —
erkläre ich jede Aussage, die sich auf meine Thä-
tigkeit als Reichstagsabgeordneter bezieht, bestritt, daß die
Reichstagsabgeordneten mir als Reichstagsabgeordneten ge-
nehmigt seien, auch, nachdem mir erklärt worden, nicht
zu sein, und der Keuzerung im Reichstag, sondern wegen der
zeitigen Verhandlung vor dem Richter ausgesprochenen
Erklärung seien dieselben zulässig. Ich stelle demnach in
der Sitzung, daß ich dem hohen Hause hiervon Kenntnis geben
wolle, die Entscheidung desselben über mein Verhalten provo-
cieren würde.

Von dem Abg. Windthorst ist in Bezug auf diese
Angelegenheit folgender Antrag eingebracht worden: „Der
Reichstag wolle beschließen, eine Erklärung dahin abzugeben,
daß es unzulässig sei, einen Reichstagsabgeordneten wegen
Thatsachen, welche ihm in dieser Eigenschaft
mitgeteilt sind und welche er in Folge dessen im Reichstage
erwähnen hat, einem Zeugnis- Zwangsverfahren zu unter-
ziehen.“ Der Abg. Windthorst wünscht, daß sein Antrag so-
bald als möglich auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der
Antrag wird bei Feststellung der nächsten Tagesordnung auf
den Wunsch zurückkommen.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend das
Tabakmonopol, wird fortgesetzt.
Staatsminister v. Voetischer: Es ist nicht meine Ab-
sicht, in die Frage, die uns heute schon am dritten
Besuch eintritt, einzutreten; ich bin der Meinung, daß volle
Überlegung über die Vorlage der verbündeten
Mächte durch die sich vollziehende Vorlage meines Herrn
Kollegen, des preussischen Finanzministers, gegeben worden ist.
Ich habe das Wort erbeten, liegt lediglich darin, daß
ein Auftrags des Herrn Reichskanzlers zu erledigen
welcher dem hohen Hause sein lebhaftes Bedauern
ausdrücken läßt, daß er durch seinen Gesundheitszu-
stand sich bei der ersten Beratung der Monopol-
vorlage nicht betheiligen. Fürst Bismarck hofft aber zuver-
sichtlich, daß die Verhandlungen in der Kommission, an die ja
die Angelegenheit nicht trügen, diese Vorlage verweisen wer-
den, ihm Gelegenheit geben werde, seine Anschauungen
über die Bedeutung und den Wert der Vorlage dort auseinanderzu-
setzen und eventuell sie hier in der zweiten Beratung darzu-
legen. Der zweite Antrag, dessen ich mich zu entledigen
hoffe, ist der, daß der Herr Reichskanzler den Bericht
über die Vorlage über seine neueste Stellung zu der
Angelegenheit im Umlauf sich befinden. Meine Herren, auch
gestern das Gerücht zugekommen, daß der Herr
Reichskanzler bezüglich seiner Stellung zur Monopolvorlage
eine Erklärung gemacht habe; auch mir ist gesagt worden,
daß das Gerücht verbreitet, als wüßte der Herr Reichs-
kanzler gar nicht die Annahme des Monopols. Es ist sehr
bedauerlich, daß dies Gerücht gerade Boden gefunden hat in

Reisen, die sonst sehr gern bereit sind, dem Herrn Reichskanzler
einen Vorwurf daraus zu machen, daß er von einmal konzipierten
Plänen nicht lasse, daß er mit denselben wiederkomme und
immer wiederkomme, auch wenn sie keine Aussicht auf Annahme
besitzen. Nun, meine Herren, an diesen Gerüchten ist nicht ein
Wort wahr. Der Herr Reichskanzler steht, wie ich bereits
vorher zu bemerken die Ehre gehabt habe, auf dem Boden, daß
er das Monopol als die zweckmäßigste Form der
Brantweinbesteuerung erkennt. Für den Fall, daß
meine Worte, in die ja täglich ein Zweifel nicht
zu setzen ist, gleichwohl noch Bedenken erregen sollten,
siehe ich nicht an, einen Passus aus dem Schreiben
vorzulesen, welches mir heute Morgen vom Herrn
Reichskanzler zugegangen ist, und in welchem er an mich die
Bitte richtet, hier neben der Entschuldigung für seine Ver-
hinderung an der Theilnahme dieser Beratung zugleich seinen
Standpunkt darzulegen, den er nach wie vor der Monopolvor-
lage gegenüber einnimmt. Er sagt: „Ich lege Werth darauf,
daß dies — nämlich die Entziehung des Gerüchtes — auch
durch Ihre gütige Vermittlung ohne Aufschub geschehe, da
ich auch nur für kurze Zeit den Verdächtigungen nicht ausge-
setzt bleiben möchte, welche für meinen politischen Charakter
und für meine Aufrichtigkeit meinen Mitarbeitern gegenüber
in je einem öffentlichen Gerüchte liegen. (Abg. Rich-
ter: Wer hat es denn verbreitet?) Daß ich nach wie vor in
dem Monopol die zweckmäßigste Besteuerung des Brantweins
sehe, ist Ihnen bekannt.“ Nun, meine Herren, mir ist die
Reisepostage solcher Gerüchte nicht neu (Aufe links: Wo denn?),
sie ist schon früher bei fast allen wichtigen Vorlagen der Re-
gierung bemerkbar geworden. Ich erinnere beispielsweise an
die Kanalvorlage im Landtage, wo ich persönlich damit zu
lämpfen hatte. Man hat sich immer ein Gewerbe daraus ge-
macht (Aufe links: Wer denn?), vor dem entscheidenden
Momente zu sagen: der Herr Reichskanzler will nicht mehr;
es ist das Bescheideste, wir lassen die Vorlage fallen.
Meine Herren, wir halten an der Hoffnung fest, die gestern
mein Herr Kollege ausgesprochen hat, daß, je länger und je
mehr über dieses Projekt in der Kommission und im Plenum
verhandelt werden wird, auch die Zahl der Freunde der Vor-
lage zunehmen wird. (Aufe links: Sehr richtig! rechts.)
Ja, meine Herren, das haben bitte ich aufzuschieben bis zu
dem Moment, wo die Vorlage in zweiter oder in dritter Lesung
abgelehnt sein wird. Wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Sehr
richtig! rechts. Zurufe links: Wie beim Tabakmonopol!) Gut,
es mag ja sein, Herr Abg. Richter, daß die Sache so kommt,
wie beim Tabakmonopol, aber auch, wenn wir mit dieser Vor-
lage unterliegen, so werden wir doch von der Ueberzeugung
nicht lassen, daß die sehr gründliche Erwägung, die wir ange-
stellt haben, und die sehr gewissenhafte Förderung, die unserem
Beschlusse vorausgegangen, eine so werthvolle ist, daß wir die
Richtigkeit unserer Entschlüsse nicht in Zweifel zu ziehen nöthig
haben. (Sehr gut! Bravo! rechts.)

Abg. Graf Bismarck: Ich war gestern Nachmittag
leider durch wichtige Dienstgeschäfte in meinem Resort verhindert
worden, den Debatten dieses hohen Hauses beizuwohnen, und
habe daher erst heute Morgen aus der Oldenburger Korre-
spondenz erfahren — der stenographische Bericht liegt noch nicht
vor —, daß mein Name in die Diskussion gezogen worden ist.
Der Abg. Richter hat nach jenem Bericht, ich weiß nicht, ob er
ganz genau ist, gesagt: „es wundert mich, daß der Herr Finanz-
minister das nicht weiß, daß er nicht weiß, daß Graf Bismarck
schon vor einer Reihe von Monaten klar und deutlich in einer
Rede erklärt hat, daß die Einführung des Brantweinmonopols
beabsichtigt werde.“ Diese Worte sind thatsächlich nicht
richtig. Die Rede, auf die hier angespielt worden ist, habe ich
in Rostock, in meinem Wahlkreis, im April vorigen Jahres
gehalten. Meine Aeußerung über das Monopol knüpfte sich
damals an eine Beleuchtung des allgemeinen Finanzzustandes
an und an die Nothwendigkeit, höhere Einnahmen zu schaffen.
Ich lege Werth darauf, vor dem hohen Hause zu erklären, daß
ich im April v. J. nicht gesagt habe und nicht habe sagen
können, daß die Einführung des Brantweinmonopols von der
Regierung beabsichtigt werde; denn mir ist davon, wie ich aus-
drücklich versichere, damals absolut nicht bekannt gewesen. Ich
habe in der Rostocker Versammlung lediglich als Privat-
mann gesprochen und einer Auffassung Ausdruck gegeben, der
ich innerhalb meiner Fraktion auch von Kollegen bezeugt war.
Aber ich hätte niemals mit irgend einem Beamten vorher über
diese Frage gesprochen, als ich im April v. J. in Rostock
redend auftrat.

Abg. Fürst v. Hatzfeldt-Trachenberg: Ich er-
kläre zunächst, daß ich seit zwei Jahren keine einzige Brennerel

besitze und daß sich auf meinen Gütern keine Brennerel befindet,
welche etwa einem meiner Pächter gehören könnte. Ich gehöre
also nicht zu den schlesischen Großgrundbesitzern, die der Ab-
geordnete Richter vorgestern so liebesoll gekennzeichnet hat, und
habe nicht das geringste persönliche Interesse zur Sache. Schon
vor zwei Jahren hatten wir eine Enquete darüber beantragt,
wie ohne Schädigung der landwirthschaftlichen Interessen eine
Brantweinsteuerreform in die Hand genommen werden könnte.
Leider hat solche Enquete nicht stattgefunden; sonst würden wir
über manche Punkte der Vorlage klarer sein. Ich halte noch
wie vor eine Brantweinsteuerreform für dringend notwendig
zur Erzielung höherer Einnahmen, zur Bekämpfung der Brant-
weinpest, und ohne Schädigung der Landwirthschaft. Deshalb
standen wir von vornherein der Vorlage, die diese Ziele ver-
folgt, sympathisch gegenüber. Früher war eine Reform der
Brantwein- und Budersteuer auch eine Hauptforderung der
Liberalen, besonders des Abg. Richter. Jetzt, wo die Regie-
rung mit solchen Maßregeln kommt, thun die Herren, als ob
es sich um ganz etwas Entsetzliches handelte, als ob die Aufrichtung
der Guillotine hier vorgeschlagen wäre! In der republikanischen
Schweiz sogar hat sich gegen das dortige Projekt eines Brant-
weinmonopols kein Sturm der Entrüstung erhoben. Sie werden
auch jetzt wieder kein sagen, wie ja die große Mehrheit
der Fortschrittspartei schon zur Verfassung des Deutschen Reichs
kein gesagt hat. (Sehr gut! rechts.) Wann haben Sie je-
mals an der Gesetzgebung des Reichs schöpferisch mitgewirkt?
Ihre Abstimmungen sind bisher lediglich eine Kette von Ver-
neinungen. Daß wir Reformen bedürfen, ist klar. Die
landwirthschaftlichen Interessen dürfen allerdings bei der
Brantweinsteuerreform nicht geschädigt werden. Wäre selbst
nach Herrn Richters Ausführungen die Vorlage ein Geschenk
an die 3000 Brenner, so wäre es immer nur ein freiwilliges
seitens der Schnapstrinker, denn mit der Behauptung, Schnaps
gehöre zu den Nahrungsmitteln, dürfen Sie kein Spiel haben.
Augenblicklich nach Einführung des Monopols würden die
Brenner nach dem jetzigen Weltpreise kein schlechtes Geschäft
machen, ein willkürlicher dauernder Gewinn würde ihnen nicht
ermachen. Nach § 23 der Vorlage ist den Brennern nicht
einmal der Minimalpreis des Weltmarktes von etwa 35 Mark
garantirt; dazu kommt die Beschränkung in der Produktion
und Fabrikation. Wir beklagen es tief, daß durch die Vorlage
eine Menge Existenzen aus ihrem bisherigen Erwerbseben
herausgerissen werden sollen, um ihrer selbst willen; vollwirth-
schaftlich können wir es nicht bedauern, wenn eine Menge Bran-
weinschänken eingeht. Ein großer Theil der Brantweinhändler
sucht nicht bloß den Uebergang von der Produktions- zur
Konsumtionsstufe zu vermitteln, sondern den Weg möglichst
weit auszudehnen, um möglichst Gewinn abzubräuen. Das
hat volkswirthschaftlich keinen Werth. Nach den Kottosen soll
ein ganzes Heer von ungefähr zwei mobilen Armeekorps von
Verkehrern angestellt werden. Ich habe durchaus das Ver-
trauen zur jetzigen Regierung, daß sie diese 70000 von ihr
abhängigen Verkehrer zu keinen unerlaubten Zwecken ge-
brauchen wird; aber bei künftigen Regierungen könnte es doch
einmal anders sein; und deshalb wünsche ich wohl, daß die
Verkehrer nicht von der Regierung, sondern von den Selbst-
verwaltungsorganen, in Preußen z. B. den Kreisräthen
angestellt werden. (Sehr richtig!) Trotz aller Anfeindungen,
welche die Vorlage erfahren, geben wir die Hoffnung noch nicht
auf, daß die Vorlage in einer Kommission die Verbesserungen
und Beschränkungen, vielleicht mit dem Rückgang auf ein Koh-
spiritusmonopol, erfahren möge, daß die Härten gemildert wer-
den und das Haus die Vorlage annimmt. Die von Kuhl ge-
wünschte Herausprospiration einer Konsumsteuer auf unsere bis-
herige Maßstrafensteuer würde unser Brennergewerbe schwer-
lich verletzen. Mag die Monopolvorlage populär sein oder
nicht, der Gedanke, den Brantwein zu stärkeren Abgaben her-
anzuziehen, ist populär; und dieser Gedanke wird sich auch
hier im Hause endlich Geltung verschaffen. (Lebhafter Beifall
rechts.)

Abg. Dechthausen: Der Abg. Richter hat die Be-
sorgnis ausgesprochen, daß das Zentrum mit der nationallibe-
ralen Partei Arm in Arm in der Brantweinsteuerfrage gehen
wolle. Der Zentrumsvorredner hat sich in Bezug auf die Prä-
sicherung der positiven Aufgaben eine diplomatische Reserwe auf-
gelegt. Er hat gemeint, daß eine Konsumbesteuerung in Er-
wägung gezogen werden könne, im Uebrigen aber wollte er sich
nicht festnageln lassen. Aber wenn auch die Besorgnis des
Abg. Richters begründet wäre: können wir uns nicht auch ein-
mal mit dem Zentrum zusammethun? (Geleitet links.) Ich
würde mich freuen, wenn wir auf diesem positiven Gebiet mit
dem Zentrum zusammengehen könnten. In der Verwerfung

Berliner Sonntagsplauderei.

A. C. Die Vereinigung Berlins mit Sibirien schien
dieses Winters oftmals dem Ziele recht nahe zu
sein. Inzwischen war es manchmal eine Wonne, zu sehen,
welchem Eifer der Frost die Stadt besornte. Er nagelte
die Dampfen an Siedel und Erler, behängte die Laternen
mit blühenden Schnüren, und verhäulte die Fenster
mit grauen Schleiern.
Von Zeit zu Zeit wagte sich schüchtern ein junger
Mensch herunter, um unverweilt wieder zu seiner
heimathlichen Pflanzung emporzueilen. Auf den Feldern
und selbst in der Stadt hielten die Krähen ihre
Lieder und sprachen so bizarr, als verfechten sie das
Brantweinmonopol. Die Sperlinge aber lauerten melan-
cholic an den Fassaden der Häuser; manchmal flatterte
ein Vogel nach einem ausgehängten Thermometer, um
zu sehen, ob die Temperatur immer noch um den Nullpunkt
schwankte. Da kam endlich der Schneefall, mit ihm zu-
rückkehrte die langersehnten Sonnenstrahlen in der
Stadt auf einige Augenblicke sehen.
Es geht ein Ahen durch die Gemüther, in manchen
Wochen schon heimliches Orkan; wenn der März mit
seinem kleinen den kommenden Frühling einläutet, erwacht
das Lieb von der Hoffnung. Es wird in keiner
Stadt, kein Dichter hat es geschrieben und kein
Mensch hat die Noten dazu gesetzt, aber seine herauschende
Leber; es durchdringt die Brust des Kindes
den Schimmer der Freude auf die weißen Züge
des Frühlings. Der Wind, der mit der ganzen Festigkeit eines
Feimathloses uns um die Ohren pfliff, hat lin-
gen zu weichen, der harte Barn ist gebrochen, —
im April sind die heißersehnten Steuern wieder
von den Menschen. Es war eine unglückliche Idee, daß sie

erschaffen wurden. Wären, nachdem der Geist der Erde vollendet,
einige Blumen, Sterne und Vögel hinzugefügt, so wäre eine
ganz Menge trüber Erfahrungen erspart geblieben. In den
Fluthen der Seen spiegeln sich jetzt die grünen Wälder
und die Rosen blühen in stiller Schönheit. Aber so!
Eine einzige Sitzung im rothen Hause belehrt uns, daß
es nicht wenig überflüssige Leute auf der Welt giebt. Unter
diese Kategorie rechnen wir z. B. diejenigen, welche ein Bad
zu den nothwendigen Bedürfnissen des menschlichen Lebens
rechnen. Als ob die Menschen mit Flossen und Schuppen
oder wenigstens mit Schwimmhäuten an Händen und Füßen
das Licht der Welt erblickten! Ein größerer Unfuss ist ge-
wis noch niemals ausgeübt worden, als uns staubgebornene
Menschen plötzlich unter die Wasserthiere einzurangiren!
Glücklicher Weise giebt es unter unseren Stadtbürgern eine
ganze Anzahl ehrenhafter Leute, die mannhaft für die Wah-
rung unserer Menschenwürde als Landbewohner ein-
treten. Wie kann man bei den schlechten Zeiten
nur auf den aberwichtigen Gedanken kommen, so-
genannte Regenbäder in drei Gemeinde-Schulen
einzuführen? Die Leute, welche den Antrag verfolgten,
kennen höchst wahrscheinlich die schöne Eigenschaft des Schmutzes
garnicht, nämlich — daß er warm hält. Natürlich, Per-
sonen, die sich selbst täglich waschen oder baden, kennen die
Annehmlichkeiten einer widerstandsfähigen Schmutzkruste auf
dem ganzen Körper, aus eigener Erfahrung wenigstens, ganz
entschieden nicht. Man hätte aber wenigstens von ihnen
erwarten können, daß sie eingehende Erkundigungen bei den
Männern einzogen, die berechneter und sachverständiger
Weise gegen den Antrag waren, über das mohlige Gefühl,
welches uns ein Körper, der wochen- und monatelang vor
jeder Berührung mit dem nassen Element auf das Sorg-
samste bewahrt wird, verursacht. Denn jene Leute müssen
doch das ganz bestimmt wissen.
Aber auch in anderer Beziehung war die letzte Sitzung
der Stadtverordneten äußerst lehrreich. Der Herr Stadt-

verordnete Kreiting traf den Nagel auf den Kopf, indem
er sein Bedenken aussprach, daß das Zusammenbaden in
einer Wanne Infektionskrankheiten für die Kinder der besser
situirten Klassen herbeiführen könne. — Giebt es eine edlere
Menschenfreundlichkeit? Die Kinder weniger gut situirter
Klassen sind solchen Gefahren natürlich in keiner Weise aus-
gesetzt, und wenn es trotzdem der Fall ist, was schadet es
dann? Als ob ein armer Familienvater denselben Schmeiz
über den Verlust eines Kindes empfinden, als ein reicher.
Denn zugleich mit dem Verzicht überkommen den Menschen
ganz andere Gefühle, ein Kind erdenkt und empfindet ganz
anders wie ein gewöhnlicher Arbeiter, und der Herr Stadt-
verordnete und Kreiting hat daher Recht, wenn er
die obigen Befürchtungen ausspricht. Auch Herr Spinola
rettete die reichen Kinder vor einer allzu intimen Berührung
mit den armen. Der Antrag ist zu sozialistisch, er führt auf
eine abschüssige Bahn, denn sehr viele Kinder der Armen
hätten kein oder ein zerriffenes Hemd. Ihr Scham-
gefühl werde verletzt, wenn sie mit anderen Kindern zu-
sammen baden müßten. — Wie zartfühlend dieser gütige
Herr doch ist! Nur nicht das Schamgefühl der armen
Kinder verletzen, nur nicht Sachen zur Sprache bringen, die
gewissen Herren unangenehm sind! Die reichen Kinder
würden dumme Witze über den kleinen Proletariat reifen,
der ohne Hemd zur Schule kommt — wie genau Herr
Spinola seinen Nachwuchs kennt! Sollte jenen Herren
nicht auch der Gedanke nahe gelegen haben, daß es besser
vermieden wird, die Jugend in allzu nahe Berührung zu
bringen, denn die Kinder würden sonst vielleicht merken,
daß die eine Sorte Menschen garnicht mit Sporen an den
Beinen auf die Welt kommt, und daß die andere von Natur
garnicht mit Sätteln ausgerüstet ist, — so daß also von
Rechtswegen die eine Gesellschaftsklasse auf der anderen
herumzureiten absolut nicht verufen ist. Das ist gefährlich,
das demoralisirt — darum keine Bäder!

des Monopols begegnen wir uns mit der freisinnigen Partei. Ich sehe nicht an, es auszusprechen, daß die von dieser Partei gegen das Monopol ins Werk gesetzte Agitation das Schicksal der Vorlage in diesem Hause und ihre Aufnahme im Volke außerordentlich wenig beeinflußt hat. Das Monopol hat in den weitesten Schichten des Volkes einen energischen Widerspruch gefunden. Der Finanzminister meint, daß die Opposition gegen die Vorlage mit der Zeit schwinden werde. Ich glaube gerade das Gegenteil nach den Erfahrungen mit dem Tabakmonopol. Es ist eine alte Forderung der gesamten liberalen Partei ohne Unterschied der Nuancen gewesen, daß der Branntwein das geeignetste Steuerprojekt sei. Nehmen wir es die Herren von der freisinnigen Partei nicht übel, aber die Gründe, die sie jetzt gegen die Erhöhung der Branntweinsteuer aufzuführen, sind wirklich so dünn und fadenförmig, wie ich es selten bei ihnen erlebt habe. Sie sagen, daß die Erhöhung der Branntweinsteuer Zug um Zug erfolgen müsse mit der Aufhebung der Steuern für die notwendigsten Lebensmittel. Sie wissen doch, daß hier in absehbarer Zeit an eine Erhöhung der Kornzölle u. s. w. nicht zu denken ist. Sie wollen also die Branntweinsteuer ad valorem gravoas vertragen, Sie wollen absolut keine höhere Branntweinsteuer. (Widerspruch links.) Ich fasse die Kommissionsberichterstattung nicht als Achtungsbezeugung vor der Reichsregierung auf. Es sind dieser Kommission außerordentlich große Aufgaben gestellt: sie soll nach allen Richtungen die Wege ebnen, um für die nächste Legislaturperiode ein durchschlagendes Gesetz vorzubereiten. Was soll schließlich alle Gesetzgebung helfen, wenn die verschiedenen gesetzgebenden Faktoren nicht in Uebereinstimmung sind? Ohne die Stellungnahme meiner Fraktionsgenossen zu inkultivieren, sprach ich mich für die Konsumbesteuerung des Branntweins aus. Es fragt sich nur, wo wir dieselbe einsetzen sollen. Jedenfalls nicht in dem Moment, wie in Frankreich, das Uebergang zum letzten Konventionen, sondern in dem Moment, wo der Branntwein aus den staatlich kontrollierten Niederlagen in die Hände des Raffineurs übergeht. Eine Verdoppelung der jetzigen Steuer wäre doch bedenklich für die Landwirtschaft, der doch daran liegen muß, das bisherige Abzugsgebiet zu behalten. Die Frage der Gesundheitschädlichkeit des Branntweins wird die Kommission sorgfältig zu prüfen haben. Daß man mit einer bloßen Preiserhöhung des Branntweins dem Alkoholismus, der Trunksucht nicht wirksam begegnen kann, beweist schon der Umstand, daß die Zahl der Alkoholisten in Schleswig-Holstein doppelt so groß ist, wie in Ostpreußen, trotz des fünffachen Preises. Man spricht von dem Branntwein als dem Getränk des armen Mannes. Wenn ich der Erhöhung der Branntweinsteuer das Wort rede, so möchte ich, daß die Einführung der Weinsteuer ihr folge; hoffen wir, daß die Kommission etwas Gedeihliches zu Stande bringe. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. v. Hellendorff: Die konservative Partei hält dafür, daß der Ausbau der Getränkesteuer, vor allem der Branntweinsteuer, eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Steuerpolitik ist, und daß, wenn wir auch jetzt nicht vorwärts kommen, die Zukunft uns eine Lösung dieser Frage bringen muß und bringen wird. Es handelt sich hier keineswegs nur um ein paar tausend Brenner, wie Herr Richter gemeint hat, sondern um die Frage der Erhaltung unserer Kultur auf weiteren Strecken unseres Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts.) Das ist nicht zu übersehen. Daß wir vor dem Gedanken eines Monopols nicht zurückweichen, hat schon Herr von Wedell hervorgehoben. Aber wir wollen prüfen, wie weit die Expropriation gehen darf. Auch ich bin überzeugt, daß es Punkte giebt in der Vorlage, wo eine Restriktion ernstlich in Erwägung gezogen werden muß. Ich kann sagen, daß gerade die Brenner unter den deutschen Landwirthen die schwersten Bedenken gegen die Vorlage hatten. (Widerspruch links.) Ich halte im Gegenseite zu Herrn Wedell die Ansicht fest, daß eine sachliche Erörterung der Vorlage günstig wirken wird. Sie wird den Gedanken derselben dem Verständnis immer näher bringen und man wird lernen, daß das jetzt diskreditirte Gesetz doch besser ist, als man heute sagt. Man wird sich sagen, daß die in demselben berührte Frage gelöst werden muß im Interesse der Finanzen und der Kultur, und schließlich wird eine solche Anschauung die Oberhand gewinnen über die aufgeregten Massen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hammer: Mit Bedauern haben wir vernommen, daß der Reichskanzler durch seine Gesundheit verhindert ist, an dieser wichtigen Verhandlung Theil zu nehmen. Unter seiner Theilnahme hätte sich das Haus tiefer ergreifen, als dies jetzt geschehen ist. Aber ich freue mich, daß seine Abwesenheit nicht die Fortsetzung jenes achselzuckenden Schmollens ist, das wir seit der Verhandlung über die Vollenfrage konstatiren mußten. Im Uebrigen macht mir die Erklärung des Staatssekretärs meine heutige Aufgabe angenehmer und dankbarer, als ich es mir noch gestern Abend dachte; denn es giebt kein unangenehmeres und undankbareres Geschäft, als offene Thüren einzuschlagen. Bis dahin war es wirklich schwer, sich als Gegner des Monopols hier mit Anspruch auf Interesse zu konstituiren. Der Reichskanzler hält aber am Monopol fest, das ist wichtig und wir dürfen die Sache nicht so leicht hinnehmen, wie es nach der Stimmung von gestern möglich schien; denn der Reichskanzler ist kein zu verachtender Gegner, und es verlohnt sich, einen Gedanken zu bekämpfen, bis er ihn selbst aufgegeben hat. Ich glaube dem Herrn Finanzminister gern, daß die verbündeten Regierungen, wie ich mit dem jetzt üblichen Euphemismus sagen will (Weiterkeit), von der Wichtigkeit dieser Vorlage überzeugt sind, aber ich bitte auch ihn, zu glauben, daß die Gegner dieses Gesetzes von der Wichtigkeit ihres Widerstandes durchdrungen sind. Hier steht Prinzip gegen Prinzip, und Siretlichkeiten um Prinzipien sollen ruhig und unbefangen geprüft werden. Ich möchte abweichend von den bisherigen Rednern nicht bloß fragen, welches sind die Schäden des Monopols, derentwegen es zu verwerfen ist, sondern, wie sind wir zu dieser Monopolvorlage gekommen? Das seit 5 bis 6 Jahren eingeleitete Staatssystem, das man weiter ausbilden zu wollen erklärt, führt uns nothwendig zu Monopolen; die großen Ansprüche an die Staatsmacht sind nicht anders zu befriedigen, als durch solche monströse Einrichtungen, welche unvermeidlich auch die Befriedigung der Privatthätigkeit zur Folge haben muß, um als allgemeiner Verwalter der allgemeinen Gütergemeinschaft nach Gutdünken vertheilen zu können. Allerdings herrscht ja in ganz großen Kreisen Gebildeter und besser, die von Regierungsansichten beeinflusst werden, die Auffassung, jede neue Steuer sei eine neue Wohlthat für das Land und komme nicht aus den Taschen der Erwerbenden, daher auch die wunderbare Anschauung, als müsse man sich wie ein Angeklagter vertheidigen, wenn man eine Steuer nicht bewilligen will. (Weiterkeit links.) Wir würden uns vielleicht auch in der Vergangenheit gehütet haben, manche Million zu bewilligen, für welche wir jetzt auskommen sollen, wenn wir immer daran gedacht hätten, welche große Uebel eine Branntweinmonopol Vorlage für unser Volk sein würde. Die Herren Wedellhäuser und Kuhl wollen mit dem Centrum gehen, um neue Wege der Besteuerung des Branntweins zu suchen und damit das Monopol nicht bloß an uns scheitern. Das Centrum kann sich rühmen, die Geliebte zu sein, um die alle Parteien buhlen und Enelope Windthorst verneigt sich dankbar gegen mich. (Weiterkeit.) Es ist uns das ganz lieb, machen Sie Ihre Versuche, mit dem Centrum zu gehen, aber nennen Sie uns nicht Vaterlandsverräter, wenn wir auch einmal mit ihm gehen. (Weiterkeit.) Erinnern Sie sich an das, was am Bundesratssitz als Zukunftsmuß hier vorgespielt ist, in welcher Herrlichkeit und Pracht das Deutsche Reich in Zukunft erblühen sollte bei den Steuern, die jetzt schon auf 180 Millionen angewachsen sind; und nun wird das Alles für ungenügend erklärt! Wir haben dagegen protestirt, daß

wir helfen sollen, wahr zu machen, was Sie nicht halten können. Die Herr Wedellhäuser diesen Grund fadenförmig nennen kann, ist mir unerfindlich. Wir müssen daran denken, daß der Moment kommen wird — und er nähert sich sichtbar — wo die jetzige Zoll- und Handelspolitik sich als nicht mehr haltbar erweisen wird. Ist dieser Moment gekommen, so werden wir Rede und Antwort stehen und Branntwein und Zucker für etwas Besteuerbares halten. Aber nicht in diesem Moment, wo Sie in Stockung gerathen sind mit Ihrem System. (Sehr gut! links.) Dies jetzige staatssozialistische System, das System, den Staat zum allgemeinen Vernehmer des Einkommens der Bewohner zu machen, ihn für das Glück eines Jeden verantwortlich zu machen, hat nothwendig zur Folge, daß er ausgehen muß wie ein hungriger Löwe, um zu fuchen, quem devoret. Da kommt es natürlich darauf an, sich zu fagen, wo ist ein gutes Geschäft, das ich mir aneignen kann. Jetzt sind die Wirthe an die Reihe gekommen. Eine Privatthätigkeit nach der anderen wird mit einem Anathema belegt; auch die, welche jetzt die besondere Gunst der Reichsregierung genießen, sind nicht sicher davor, daß auch sie einmal gekränkt werden können. Ich höre mit Erstaunen, daß die Herren es jüngst für sich gewiesen haben, daß durch sie sozialistische Anschauungen genährt seien. Die Herren wissen dann gar nicht, auf welchem System sie stehen. Herr von Puttlamer und Herr von Schlichtmann haben mir die Ehre erwiesen, meine Aussprüche über das Sozialistengesetz zu zitiren, wie um mich darauf festzunageln. Das hat mir gezeigt, daß Sie gar nicht wissen, wie wir toto coelo von einander verschieden sind, daß ich den Geist des Sozialismus bekämpfe, daß Sie aber mit politizistischen Mitteln Ausschreitungen der Sozialisten bekämpfen, während wir durch die Schuld der verbündeten Regierungen immer tiefer in die sozialistischen Anschauungen hineingerathen. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister, dem man doch gewiß Gedankenschaife nicht abprechen kann, hat mich überrascht durch das harmlose Geständnis, daß man von angemessenen Preisen so spräche, als wären die angemessenen Preise der Gegenwart solche, die vor einem vernünftigen Urtheile bestehen könnten. Wenn er nicht anerkennt, daß das ein von Grund aus sozialistischer Anspruch ist, dann sind wir mit einander noch nicht einig genug über das, was überhaupt Sozialismus ist, um ein Sozialistengesetz vereinbaren zu können. (Weiterkeit.) Die Sozialdemokratie hat nur den Gerechtigkeits- und Billigkeitsvortrag unter allen Einwohnern eines Staates, dieses System nach gleichem Maßstabe einzuführen, während Vorlagen wie diese nicht sozialdemokratisch, sondern sozialaristokratisch sind, (vehemente Zustimmung links.) Der Finanzminister ist in der sozialistischen Atmosphäre bereits so befangen, daß er sogar den Kopf des Herrn Richter zum Wohle des Staates gegebenenfalls expropriiren möchte. Nun, Herr Richter kann einstweilen noch ruhig sein. (Weiterkeit.) Nobilitäten zu expropriiren, dafür haben wir bis jetzt noch kein Gesetz. Wenn wir einmal auf diesem Wege gingen, so müßten wir dahin kommen, pro bono publico den Kopf des Abg. Richter zu expropriiren. Es gäbe vielleicht Menschen, die diesem expropriirten Kopf nicht unympathisch gegenüberstünden. Wissen Sie, welches Prinzip hier von Regierungssicht aus ausgesprochen ist? Vor einigen Monaten mußten wir uns den Vorwurf hinschleudern lassen, wir wollten Konvent spielen. Ja, das sind die Grundzüge des Konvents. (Sehr richtig! links.) Das Konvent hielt alles im Interesse des Vaterlandes für erlaubt, was eingriff in die Privatrechte. Ich finde es sehr bedenklich, wenn solche Aussprüche gemiffen werden als Axiome vom Bundesratssitz hingestellt werden. Wenn wir so diesem Entwurf entgegengetreten und nicht Steuern auf Vorrath bewilligen wollen, so brauchen wir uns das nicht erst Monate vorher zu überlegen. Wenn mich Jemand fragt, ob ich mir den Kopf abschlagen lassen soll, werde ich auch nicht erst in die Kommission gehen und überlegen, ob mir das nützlich oder falsch scheint. (Weiterkeit.) Den tausend Bedürfnissen, die in der Form des Genusses, der Gesundheit, der Arbeit durch den Branntwein befriedigt werden, wollen Sie mit der Schablone einer von Bureaufrauten, auch den intelligentesten und wohlmeinendsten, geleiteten Fabrikation und Handelsmethode befriedigen? Ist das nicht eine monströse Aufgabe, vor der man immer mehr zurückweichen muß, je mehr man ihr in die Augen sieht? Der Minister verweist auf den Betrieb der Staatsbahnen als Beweis dafür, daß wir Methoden haben, allgemeine Bedürfnisse durch Staatseinrichtungen zu befriedigen; aber die Eisenbahnen gehen überall in denselben Geleisen, das Veden aber in den verschiedensten für Produzenten wie für Genießende, und die Befriedigung seiner Forderungen hat keinen größeren Feind als die schablonenmäßige Vorschrist einer bürokratischen Organisation. Forts- und Bergregal waren von alten Zeiten her immer Staatsgeschäfte und mit dem besten Erfolg. Aber wenn Sie solche Beweise für das brauchen, was der Staat kann, sehen Sie denn nicht, was sich da von Süden her heroverbreitet? Die schwarze Hand der Straßburger Manufaktur! Diese schwarze Hand erhebt sich, haec nigra est, hanc tu, Germans, caveto! (Weiterkeit.) Dort ist unter dem besten Verständnis, auf Grund der geschickten französischen Vergangenheit, in einem Lande, das an den schlechten französischen Tabak gewöhnt war mit allen Klugheitsmitteln des Herrn v. Mayr nur ein Fabrikat hervorgebracht worden, das noch heute zum Himmel sinkt wie die Sünde (Weiterkeit). Ich gebe mir keine Mühe weiter, das Monopol zu vernichten, das todt ist. De mortuis nil nisi bene! Diesen Spruch kann ich in diesem Fall freilich nicht befolgen, da man uns sagt, es sei nicht todt, sondern werde immer und immer wiederkehren. Die Wähler werden also gut thun, dessen eingedenk zu sein, daß der Reichskanzler an einem Gedanken, den er einmal für richtig hält, mit Zähigkeit festhält und nur wartet, bis er eine Volksvertretung findet, die seiner Meinung ist und die er dann für unschuldig national erklären kann. Daß eine solche nationale Vertretung niemals kommen möge, das wünsche ich im Interesse des Deutschen Reiches. (Vehemente Beifall links.)

Minister von Scholz: Die eben zum Abschluß gekommene Rede hat mir von Neuem bewiesen, daß es ungemein schwer ist, am dritten Tage einer Debatte im großen Style noch irgend etwas Neues vorzutragen. Selbst ein so begabter Redner wie Herr Hammer hat es nicht ablehnen können, zu einer so scharfweisenden Behandlung zu greifen, wie er sie der Straßburger Manufaktur hat angedeihen lassen, um nur einigen Effekt zu erzielen. Den ersten Theil der langen und abgelesenen von der Straßburger Manufaktur, in der Form auch sehr hübschen Rede hat bereits vorerstem Herrn Richter, den zweiten gestern Herr Richter gehalten (sehr richtig! rechts). Ich schreie mich gar nicht, Herr Hammer zuzugeben, daß er zutreffend ausgeführt hat, hier stehe Prinzip gegen Prinzip, es liege in der Konsequenz der bisherigen Regierungspolitik, mit ihren Ansprüchen auf Bewilligungen für allgemeine Zwecke, daß sie auch zu solchen Vorschlägen kommen müsse. Uebertriebener aber ist es, daß das Prinzip der Regierung dahin gehen soll, alles Mögliche in den Bereich der Regierung hineinzuziehen, daß hier kein Ende abzusehen sei. Darin lag der Fehler seiner Deduktion; aber soweit wir die Bedürfnisse erkannt und sie zu befriedigen unternehmen haben, soweit sind wir allerdings genöthigt, auch zu solchen Mitteln zu greifen. Gewiß liegt darin etwas Sozialistisches, nur nicht in dem Sinne, wie es die Herren meinen, die die sozialistische Partei bilden; wir wollen nicht ihre letzten unklaren, unbekanntlichen Ziele, nicht ihre verwerren, ungesegneten, gewaltthätigen Wege; aber sehr vieles Gute, was sie wollen, wollen auch wir. (Bravo! rechts.) Aus dem Programm dieser Partei wollen wir, was möglich, gut, nothwendig ist zur Erhaltung unserer staatlichen Ordnung, auf friedlichem gesetzlichen vortheilhaften Wege verwirklichen (Beifall rechts), um die Uebelstände zu vermeiden, welche ent-

stehen müssen, wenn wir uns mit Herrn Hammer dieser Erkenntnis verschließen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Dann schaffen Sie doch das Sozialistengesetz ab!) Es gehört mit zu den vielen Verdiensten des von Ihnen nicht anerkannten Mannes an der Spitze der Geschäfte, daß er den Muth gehabt hat, zuerst gerade diese Seite der Sache von der Regierungsbank aus hervorzuheben, von der Seite der Konservativen, der Ordnungsparteien zu erklären: hier muß etwas geschehen (Bravo! rechts), sonst geht Alles zu Grunde! Das ist eine einfache Wahrheit, die von den Herren verkannt wird, die uns leitet und die uns nicht etwa zum Vergnügen zu Champions einer solchen Politik macht. Mit dem Monopol schaffen wir keine neuen Verthe, sagt Herr Hammer; ja, das haben wir schon vorher gewußt, dieser Belehrung können wir entzihen. Wir gehen herum und suchen zu konstatiren, heißt es weiter; allerdings, wenn wir, um das unabwendbare Bedürfnis zu befriedigen, nach Mitteln suchen, so müssen wir es uns auch gefallen lassen, daß man dies als „hungerig herumsuchen“ bezeichnet. Wir suchen aber sorgfältig taugliche, unschädliche Mittel, suchen ihnen eine auch für Sie annehmbare Gestaltung zu geben. Auf die Bedürfnisfrage einzugehen, hätten sich die Herren (sehr richtig! rechts), auf dieses Gebiet werden sie uns erst folgen, wenn sie durch ihre Wähler dazu gezwungen werden. Herr Hammer ist auch im Irrthum, wenn er meint, der sozialistische Zug des Monopols sei etwas so Neues, Unerhörtes. Herr Hammer ist in einem Theile Preußens zu Hause, wo das Allgemeine Landrecht nicht gilt, mir als landrechtlichem Juristen ist die Auffassung schon aus den Grundsätzen der Einleitung längst zu eigen geworden, daß die preussische Regierung stets einen sozialistischen Zug im besten Sinne des Wortes hat haben müssen. Auch das „Recht auf Arbeit“ ist ein solcher Zug, dem zu folgen aber für uns kein Vorkauf ist, sondern es nur wäre vom menschlichen Standpunkte, der nicht der unfähig ist. Der Abg. Hammer hat dann von dem großen Verdienste seines Freundes Richter gesprochen, der zuerst die Alarmtonne gelöst und die öffentliche Aufmerksamkeit auf das drohende Monopol gelenkt habe. Diese Alarmtonne wurde in der That gelöst durch einen Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ vom 28. November 1885. Das Blatt rühmt sich später selber, durch diesen Artikel habe es zuerst auf das Monopol aufmerksam gemacht. Wenn nun Herr Richter da gestern den Glauben erwecken wollte, daß die am 28. November 1885 losgeschossene Alarmtonne zurückzuführen sei auf eine Rede des Grafen Bismarck, die dieser am 12. April 1885 in Lauenburg gehalten hat (Weiterkeit); wenn der Abg. Richter mit solchen Mitteln glaubt, meine Angaben aus der Welt schaffen zu können, so irrte er sich! (Vehemente Zustimmung rechts.) Nein, Herr Abgeordneter, dieser Versuch, meine Andeutung zu diskreditiren, ist Ihnen sehr mißlungen. (Sehr wahr! rechts. Lachen links.) An Entgegenkommen zu einer möglichst fruchtbringenden Erörterung fehlt es bei der Regierung nicht; und ich halte an der Hoffnung fest, daß es unserm Zusammenarbeiten gelingen wird, mehr Sinn für die Vorlage bei Ihnen zu erwecken, als wir bisher gefunden haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst: Die Mißverständnisse, die man den Worten des Herrn v. Huene unterlegen wollte, hat dieser gestern bereits zerstreut. Ich brauche deshalb darauf nicht mehr zurückzukommen. Man könnte zweifelhaft sein, ob, nachdem von allen Seiten, mit Ausnahme der Konservativen die Vorlage als nicht abgehebel hingestellt worden ist, und nachdem auch die Konservativen selbst erhebliche Bedenken gegen dieselbe geäußert haben, überhaupt noch ein genügender Grund zu einer kommissarischen Prüfung vorhanden sei. Besonders überfällig war ich von der Festigkeit, mit der sich meine national-liberalen Nachbarn gegen die Vorlage erklärt haben (Weiterkeit). Wenn ich für eine Kommissionsberatung Stimme, so geschieht es lediglich deshalb, weil der Reichskanzler uns hat erklären lassen, er werde in der Kommission weitere Erklärungen geben; und bei einem so bedeutenden Gegenstand, wie demjenigen, der uns beschäftigt, halte ich es für angebracht, diese Erklärungen jedenfalls entgegenzunehmen. Ich bedauere insofern, Ihnen (von der Rechten) keine Aussicht darauf machen zu können, daß die Kommission, wenn sie die Vorlage ablehnt, ihrersits etwa eine andere Vorlage ausarbeiten wird. Der Reichstag hat durchaus nicht den Beruf, solche neuen Projekte zu machen; dies ist vielmehr Aufgabe der Regierungen. Wir werden in der Kommission lediglich zu erwägen haben, ob das, was der Herr Reichskanzler uns noch weiter sagen wird, im Stande ist, die Anschauungen, die zur Zeit bei uns zur Geltung kommen, zu revidiren. Ist letzteres nicht der Fall, und wird die Vorlage abgelehnt, so erwarten wir neue Vorschläge von der Regierung, machen aber unsererseits keine solchen. (Beifall im Centrum.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutschfreisinnigen, der Sozialdemokraten und der Volkspartei einer Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Vollagen, betreffend Konzessionspflichtigkeit der Gaslokalitäten und betreffend Wiedereinführung der Berufung gegen Strafkammerurtheile.)

Lokales.

er. Was ist der Stiel der Unverschämtheit? Das ist entschieden eine schwierige Frage, die gewiß nicht so leicht zu beantworten ist. Wir wollen darüber auch nicht weiter grübeln, sondern eine andere Frage aufwerfen. Darf man sagen: „Dieser oder Jener scheint ein ganz anständiger Mensch zu sein, obgleich er für das „Berliner Tageblatt“ Zeitartikel schreibt?“ Wir würden eine solche Ausdrucksweise im gewöhnlichen Verkehr nicht für passend halten. Trotzdem wird dieser Ton jetzt beliebt, wie wir sofort nachweisen werden. Das „Berliner Tageblatt“ hat in seiner Morgen-Ausgabe vom 4. März einen Zeitartikel, in welchem irgend Jemand den bekannten 70 000 Abonnenten seine Ansichten über Geheimpolizei und „Spiegelstern“ auskratzt. Es ist ganz richtig, wie jenes Blatt über diese Gegenstände denkt, irgend einen politischen Einfluß haben die Auslassungen des „Berl. Tzbl.“ in ernsthaften Kreisen wohl niemals gehabt und werden sie nie erhalten. Wenn sich ein solches Blatt aber eine über-große Frechheit erlaubt, so muß dieselbe gebührend gekennzeichnet werden. In jenem Zeitartikel sagt das „Berliner Tageblatt“:

„Ein Abgeordneter, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit trotz seiner Jugendlichkeit zur Sozialdemokratie bisher unbedeutend dastand, erhebt u. s. w.“ Wir verschonen unsere Leser absichtlich mit den weiteren Ausführungen jenes Aufsatzes, und wir gestehen auch gern ein, daß wir jenen Artikel am Tage seines Erscheinens nicht gelesen haben, weil das, was das „Berl. Tzbl.“ von politischen Dingen sagt, doch Niemand interessiert. Wir sind vielmehr erst von dritter Seite auf die Infamie aufmerksam gemacht worden. Was bedeutet nun jenes „Tzbl.“ in den obigen Worten? Es bedeutet, daß die Redaktion des „Berl. Tzbl.“ alle an deren Sozialdemokraten außer dem einen Abgeordneten nicht für persönlich ehrenhaft hält. Seit langer Zeit ist in der That der sozialdemokratischen Partei ein größerer Schimpf nicht angedeihen worden, und auf eine solche Beleidigung geküßelt wurde eine andere Jurisdiktion, als nur eine solche durch Worte. Wie kann ein Blatt von der schmutzigen Vergangenheit des „Berl. Tzbl.“ es wagen, einer anderen Partei eine so unerhörte Beschimpfung ins Gesicht zu schleudern, wie soll man sich gegen eine detartige, gültige Ehrabschneideri schützen? Am besten wäre es freilich, man strafe diese Lohnschreiber mit der Besen-

lung, die sie in der That verdienen, man eckelte nicht auf ihr widerwärtiges Gesicht. Eine solche Behandlungswiese scheint diese Sorte von Leuten leider nicht zu verstehen, sie werden nicht wieder eins auf die Nase geben muß, um sie zum Schweigen zu bringen. Ein solches Gesicht ist unangenehm, es muß aber doch gesehen; wir werden der Gesellschaft auf die Finger zeigen, damit in Zukunft derartige Gemeinheiten wenigstens nicht ungestraft in die Welt geschickt werden.

Zur polizeilichen Kenntniss und Untersuchung gelangten im Monat Januar d. J. auf sämtlichen hiesigen Eisenbahnen 184 Zusammenstöße und Betriebsstörungen und 11 Unglücksfälle. Veranlaßt wurden von den Betriebsstörungen 1 durch Zusammenstoß von Pferdeabwaggonen mit Straßenzugmaschinen und 83 durch andere Umstände. In Folge der Zusammenstöße wurden 102 Pferdeabwaggonen und 50 Straßenzugmaschinen beschädigt. 2 Zusammenstöße wurden durch Verschulden von Pferdeabwaggonführern, 68 durch Verschulden von Straßenzugmaschinenführern und 43 durch andere Umstände herbeigeführt. 5 von den Unglücksfällen entstanden beim Auf- und Absteigen am Bordperron und 3 durch Ueberfahren. Unter den Verunglückten befanden sich 8 Fahrgäste und 3 andere Personen. Von den Unglücksfällen entfielen 9 durch eigene Unvorsichtigkeit und 2 durch andere Umstände.

Mysteriös. Der Buchhalter Hermann G. von einem hiesigen Hotel, ein noch junger Mann von 25 Jahren, verstarb vor Kurzem sein Leben mit 15 000 M. bei einer Lebensversicherung. Bald nach Abschluß der Versicherung erkrankte G. Derselbe wurde nach der Charité übergeführt, woselbst er wenige Tage nach seiner Einlieferung starb. Wie nun nun verstorben ist, hätte die Lebensversicherung den Hinterbliebenen die Versicherungssumme sofort ausgezahlt. Jetzt ist jedoch die Staatsanwaltschaft der Angelegenheit näher getreten, indem sie der Ansicht ist, G. habe sich zu Gunsten seiner, in sehr bedrückten Verhältnissen lebenden Mutter vergiftet. Die Ausgrabung der Leiche ist angeordnet.

Ein trauriges Loos grüßter Noth und Entbehrung heftete der in der Mantuffstraße wohnende arbeitslose Dachdecker S., welcher gestern Abend in der Brückenstraße in Folge gänzlicher Entkräftung in hiesige Krämpfe verfiel und in diesem Zustande von Schulheuten auf der Erde liegend angebracht wurde. Nach der Sanitätswache in der Adalbertstraße gebracht, wurde er hier soweit zu Kräften gebracht, daß seine Ueberführung nach der Charité erfolgen konnte.

Einem jähren Tod ward gestern Mittag gegen 12 Uhr die in der Naurngstr. 72 wohnende, ca. 40 Jahre alte Frau des Maurers P. Frau B. stand gerade im Begriffe, das Mittagessen in der Küche ihrer Wohnung zuzubereiten, als sie plötzlich zu Boden stürzte und regungslos liegen blieb. Der schlaumigste herbeigerufene Inhaber der Sanitätswache in der Adalbertstraße, Herr Geise, konnte nur noch konstatieren, daß der Tod inzwischen eingetreten sei. Ueber die Todesursache hat sich Bestimmtes noch nicht feststellen lassen und dürfte Näheres erst die Obduktion der Leiche ergeben. Vier ungewohnte Kinder, sowie der ganz verweilte Mann betrauern die Verstorbene. Die Verhältnisse der P.'schen Familie sind recht bedauerlich und werden durch diesen schweren Schicksalsschlag noch bedeutend unglücklicher.

Der Wollen- und Fantasiawaren-Fabrikant G. in der Kraußstraße beschäftigte die noch nicht 14 Jahre alte Emilie Schlüter, Schweinmörderstr. 136 wohnhaft, von Mitte Oktober vorigen Jahres ab an der Maschine mit Dampfbetrieb. Der Fabrikant bedeutete dem Mädchen, daß es der Cristalle der Weber und verwandten Gewerbe betreiben müsse. Das Mädchen war damit einverstanden. Der Buchhalter des Fabrikanten nahm nun die Personalien des Mädchens auf, und am folgenden Sonnabend zeigte Herr G. dem Mädchen ein Buch mit dem Bemerken, daß es das ihre sei, sie sei nun in der Lage. Der Fabrikant brachte dem Mädchen 90 M. dafür in Zahlung. Die laufenden Beiträge wurden ihr ebenfalls prompt abgezogen. — Bei der am 26. Dezember v. J. erfolgten Erbschaft des jungen Mädchens stellte es sich aber heraus, daß die Schlüter gar nicht bei der Kasse gemeldet war. Herr G. stellte das als eine Veräußerung von 20 M. zu zahlen. Da die Krankheit eine schwere (Lungenentzündung) war, so nahm der Vater des Mädchens dies nicht an, sondern beanspruchte die Unterstützung, die ihm nach den §§ 11 und 13 des Rassenstatuts zukäme. Herr G. weigerte sich, eine solche Summe zu zahlen, und als der Vater nach Genehung der Kranken Herrn G. um Bezahlung der Kurkosten anging, erklärte dieser kategorisch, er wolle zu nichts verpflichtet und wolle ihm „eine Mark funftzig Pfennig“ geben. Als der Vater dies nicht annahm, schickte der Herr Fabrikant die 1,50 M. dem Vater per Post zu. Selbstverständlich wurde die Annahme dieses Geldes verweigert. Auf eine Klage beim Gewerbe-Gericht wurde dem Vater bedeutet, daß er keine Ansprüche habe. Ein Kommentar ist wohl überflüssig.

Der Rasenbring, eine unter diesem Spitznamen vornehmlich in den sogenannten „Künstlerkolonien“ Kreisen bekannte Persönlichkeit, ein ehemaliger Konditorlehrling S., der wohl rechtzeitig gemerkt haben mochte, daß der Berliner Boden unter seinen Füßen warm zu werden beginne, verschwand vor kurzem von hier. Er verläßt seit einigen Jahren über bedeutende Geldmittel, von denen die Bezugsquelle durchaus nicht zu ermitteln ist. Es wird vermutet, daß er Mitwisser verschiedener, noch nicht aufgeklärter, Verbrechen ist. Einem Gerüchte zufolge gedungener schwerer Verbrechen ist. Einem Gerüchte zufolge soll sich der „Rasenbring“ nach Belgien gewendet haben. Mit den Recherchen nach S., dessen vergangenes Leben theilweise in ein unklüßbares Geheimnis gehüllt scheint, ist einer unserer gewiegtesten Kriminalbeamten betraut.

Gerichts-Zeitung.

* Im Chemnitz Sozialisten-Prozess erfolgte folgender Beschluß des königlichen Landgerichts Freiberg, Strafkammer 1, in Strafsachen wider Ferdinand August Bebel und Genossen, vom 22. Februar 1886: In Erwägung, 1) daß durch die richterliche Beurtheilung der Sache (Blatt 75 vol. II v. liegender Akten) die bezüglich der Angeklagten Bebel, Auer, Dietz, Frohme, Feinzel, Ulrich und Müller wegen des ihnen beigegebenen Vergehens wider §§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs beim königlichen Landgerichte zu Chemnitz d. grändelnde Zuständigkeit im Sinne von § 7 ff. der Str.-Pr.-O. auf das Landgericht Freiberg übergegangen ist, — 2) daß hinsichtlich der diesen sieben Angeklagten schuldgegebenen strafbaren Handlung und der den Mitangeklagten Dietz und von Bollmar beigegebenen Beihilgung daran ein Zusammenhang im Sinne von § 3 der Strafprozessordnung vorhanden ist, — 3) daß das gegen diese beiden Angeklagten aus §§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs eingeleitete Strafverfahren zur Zeit noch bei dem königl. Landgerichte zu Chemnitz anhängig ist, wird beschlossen, — daß die letztere Strafsache, entsprechend den staatsanwaltschaftlichen Vorträgen Blatt 83, 91 und im Blatt 84 zu lesenden Einverständniß des königl. Landgerichts zu Chemnitz, verbunden mit derjenigen gegen die unter 1 Genannten alhier zur Verhandlung und Entscheidung zu bringen ist (§ 13, Absatz 2 der Str.-Pr.-O.). — Die Verhandlung vor dem Freiburger Landgericht gegen die nunmehr „verbundenen“ neun Staatsverbrecher dürfte im Laufe des Monats Juni stattfinden.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 4. März. (Beilagesonderdruck.) Am 20. Oktober v. J. kamen zwei vielfach bestrafte Subjecte, Knochenhauer und Busselt mit Ra-

men, zu dem Tödler Jeremias in Magdeburg und verlangten alte Stiefel zu sehen. Als Jeremias eben im Begriffe war, ein zweites Paar aus einem Fache zu nehmen, packte ihn Knochenhauer um den Hals, drückte ihm die Kehle zu und warf ihn auf den Fußboden. So hielt er ihn eine Weile fest, während Busselt die Weine hielt. Letzterer sagte, Knochenhauer solle den Hals noch nicht freilassen, derselbe that es aber doch und nun schrie Jeremias leise um Hilfe. Busselt sagte darauf: Der hat noch nicht genug, dem werde ich das Nöthige besorgen. Dann packte er den J. an der Kehle, legte ihm die Kniee auf die Brust und „dämpfte“ ihn so lange, bis er todt war. Jetzt gingen nun die Mörder zu rauben an; sie nahmen 40 Mark, die Uhr des Ermordeten und verschiedene Kleidungsstücke mit. Zwei Tage darauf machte Knochenhauer in einer Destillation in trunkenem Zustande Mittheilungen über das Verbrechen und in Folge dessen wurden die beiden Thäter verhaftet. Am 21. Januar wurden beide vom Schwurgerichte in Magdeburg zum Tode verurtheilt. Knochenhauer war durchaus geständig und gab ausführlich an, daß er mit Busselt die That geplant und ausgeführt habe. Letzterer dagegen leugnete und suchte einen Alibi-Beweis anzutreten, der ihm jedoch nicht gelang. Als das Urtheil gefällt war, sagte Busselt: Ich verlange Revision, ich bin unschuldig. Nachdem er die Revision zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt hatte, kam dieselbe am 1. März vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Zur Begründung des Rechtsmittels hatte er folgendes angeführt: „Ich bin völlig schuldlos und an der That nicht betheilig gewesen. Mein Verteidiger hat während der Verhandlung geschlafen. Der Staatsanwalt hat den Geschworenen ans Herz gelegt, und beide schuldig zu sprechen, während ich doch unschuldig bin. Es hat sich jetzt Jemand gefunden, von dem ich die Uhr des Ermordeten gekauft habe. Aus den Akten wurde hierzu vom Referenten bemerkt, daß die Anwesenheit des Verteidigers, nicht aber die vom Angeklagten in Bezug auf denselben behauptete Thatsache im Protokoll verzeichnet sei, daß der betreffende Zeuge, dem Antrage des Angeklagten gemäß, zwar gesucht, aber nicht gefunden worden sei. Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision und das Reichsgericht erkannte diesem Antrage gemäß unter folgender Begründung: „Dem Angeklagten war ein Verteidiger gestellt; daß derselbe in der Hauptverhandlung geschlafen habe, ergibt das Protokoll nicht. Die Revision würde auch darauf nicht gestützt werden können. Die Art der Stellung der Anträge seitens der Staatsanwaltschaft kann nicht Gegenstand der Beschwerde werden.“ So würde denn an beiden Angeklagten demnach die Todesstrafe vollzogen werden müssen, falls nicht ihre Begnadigung erfolgen sollte.

Vereine und Versammlungen.

* In einer großen Demonstration gegen die Anträge Ackermann auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innungen gestaltete sich die öffentliche Volksversammlung, welche am 5. d. M. in Brewer's Salon, Frankfurterstraße 74/75 unter Vorsitz des Herrn Christensen abgehalten wurde. Herr Reichstagsabgeordneter Auer als Mitglied der Kommission zur Vorberathung der betreffenden Anträge referirte in höchst sachlicher Weise wie folgt: Gleich dem Mädchen aus der Fremde, das alljährlich Gaben spendend wiederkehrt, so ist es bereits Sitte geworden, daß alljährlich zur Eröffnung der Reichstagsession Herr Ackermann Anträge stellt betreffend Abänderung der Gewerbeordnung. Alle diese Anträge gehen von dem Gesichtspunkte aus, das Prinzip der Gewerbefreiheit durch Schranken verschiedener Art zu erschüttern. Vossalle sagte f. J. über Fragen, wie Gewerbefreiheit, Freizügigkeit u. a. m. sei nicht zu diskutieren, sondern diese würden einfach dekretirt. Wie sehr er sich getraut, beweise der Umstand, daß heute das Parlament des Deutschen Reiches sich ernstlich mit Anträgen Ackermann befassen muß. Die Zeiten, wo solche Anträge einfach dem Fluche der Väterlichkeit verfielen, sind leider vorüber. Heute heißt es, denselben fest ins Auge blicken, denn hinter diesen Anträgen steht eine Macht, von der man sich früher nicht träumen ließ. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um Schaffung eines Zwanges dem frei entwickelten Arbeiterstande gegenüber, sowie um Schaffung von Privilegien der sogenannten Meister zum Schaden der Handwerker und Arbeiter. In Bezug auf Werthschätzung und Nützlichkeit der Innungen könne man verschiedener Meinung sein. Schaden würden sie nichts, wenn sie fakultativ, d. h. freie gewerkschaftliche Vereinigungen von Handwerksmeistern wären. Dienen brauchte man sich nicht feindlich gegenüber zu stellen. Anders liegt die Sache jedoch, wenn die Innungen, mit allerlei Privilegien ausgestattet, Anspruch darauf erheben, die einzigen Repräsentanten des Handwerks zu sein und sogar die Handwerksmeister und Arbeiter benachteiligen wollen, die nicht zur Innung gehören. Und auf diesen Standpunkt sind wir heute glücklich gelangt. Die jetzige Vorlage betrifft die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises zur Ausübung eines Handwerks und seit Wochen beschäftigen wir uns nun schon mit dieser hochwichtigen Frage, welche die Kunst und Geschäftlichkeit, deren wir uns bei der heutigen Gesetzgebung beschäftigen, ins rechte Licht stellt. Unter der Heiterkeit der Verhandlung giebt Redner einige Proben aus den Kommissionsberatungen zum Besten und fährt dann fort: Für weite Kreise, wie Buchbinder, Tischler u. c. ist thatsächlich der alte Handwerksbetrieb in Folge der Arbeittheilung nicht mehr vorhanden und die heranwachsende Generation kann nicht mehr, wie früher, ausgebildet werden. Die alte Gewerbeordnung schloß sich den damaligen Verhältnissen an, das Gewerbebetriebe war den lokalen Verhältnissen angepaßt, deshalb konnte es zu damaliger Zeit eine Stütze des Handwerks sein. Heute aber für das ganze Deutsche Reich mit seinen sehr verschiedenen entwickelten Provinzen derartige allgemeine gültige Bestimmungen treffen zu wollen, ist einfach ein Unding und es ist traurig, daß sich das deutsche Parlament mit solchen Anträgen befassen muß. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die Frage, vor wessen prüfenden Augen die zu Prüfenden den Befähigungsnachweis zu erbringen haben. Daß die Prüfung von den Konkurrenten vorgenommen werden soll, ist das Wesentliche an der Sache und es liegt die Gefahr sehr nahe, daß die Innungsregenten sich Konkurrenz feindlich halten werden. Der Arbeiterstand hat demnach ein eminentes Interesse daran, daß diese Bestimmungen nicht Gesetzkraft erhalten, namentlich die Bestrebungen nicht, die darauf hinauslaufen, den Handwerksmeistern und Arbeitern, die außerhalb der Innung stehen, eine Steuer aufzuerlegen für Institutionen, die lediglich Innungszwecken dienen und deren Verwaltung einzig und allein in den Händen der Innungen ruht, wie Herbergswesen, Arbeitsnachweis und dergl. Ich und mein Kollege in der Kommission, sowie, wie ich anerkennen muß, alle liberalen Mitglieder derselben haben Alles gethan, um den Ansturm der hereinbrechenden Reaktion zurückzuschlagen, doch steht uns eine geschlossene Majorität gegenüber! Der nicht zu verkennenden Gefahr kann nur erfolgreich entgegen werden dadurch, daß Handwerker und Arbeiter energisch Front machen gegen die reaktionären Bestrebungen. Sie hierzu aufzufordern, war der Zweck meines Erscheinens und hoffentlich bleibt derselbe nicht ohne Erfolg. (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion, in der sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten äußerten, wurde u. A. auch der Wunsch laut, daß Herr Ackermann den Befähigungsnachweis zum Gesetzgeber erdienen möge. Gegner meldeten sich nicht, welcher Umstand den Abg. Auer veranlaßte, in seinem Schlusswort darauf hinzuweisen, daß die Reaktionen sich wohl bemüht wären, daß sie sich mit der Volksmeinung nicht im Einklang befinden. Die Herren Ackermann und Genossen hätten leider nur schon zu oft den Befähigungsnachweis erbracht. Die Prüfungsmeister seien in diesem Falle die Wähler. Traurig sei es allerdings, daß es noch solche Wähler gebe,

und sei hieraus ersichtlich, wie viel noch zu thun sei, um hier Aufklärung zu schaffen. Er lege zwar die Hoffnung auf die Regierung, daß jene Anträge nicht durchkämen, doch könne es sich ereignen, daß dieselben als Lauschießel benützt und gegen die Beschränkung weitgehender politischer Rechte eingetauscht werden könnten! Diese Anträge seien nur ein Glied jener reaktionären Kette, die um das Volk gelegt werden soll; jeder wahrhaft freisinnige Mann müsse dafür sorgen, daß diese Kette nicht geschlossen werde. Und dies, schloß Redner, unter dem stürmischsten Beifalle der Versammlung, muß auch unsere Aufgabe sein. Fort mit den Bagabunden! Fort mit den schlechten Wählern! Das soll unsere Lösung sein! Die Versammlung schloß mit der Annahme folgender Resolution: „Die heutige, von mehr als 800 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung spricht dem Referenten, Reichstagsabgeordneten Auer, ihren Dank aus, erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Anträge Ackermann u. Gen. und verpflichtet, der Partei des Referenten treu bleiben und für dieselbe wirken zu wollen.“ Unter Hochrufen auf Auer gingen die Anwesenden auseinander.

In einer öffentlichen Arbeiterinnen-Versammlung, welche am Donnerstag in Böyow's Brauerei unter dem Vorhange der Frau Dr. Hoffmann stattfand, referirte Frau Heinrich-Wilhelmi über „Die Lage der Frau“. Nicht in London allein, sondern in allen großen Städten, so führte die Rednerin aus, wird im Interesse reicher Wähllinge ein schwacher Mädchenhandel betrieben. Vorzugsweise sind arme Arbeiterinnen die Opfer dieses Handels. Vereine sind bestrebt, die materielle Noth, die zur Unfähigkeit treibt, zu lindern, die Sittlichkeit im Volke zu heben und auf eine gesetzliche Lösung der Frauenfrage hinzuwirken. Letztere ist aber damit zu beginnen, daß der politischen Rechtslosigkeit und der geistigen Verklümmung der Frauen ein Ende gemacht wird. Die Großindustrie, welche die Frauen- und Kinderarbeit geschaffen, hat der Frauenemanzipation eine praktische Wendung gegeben; als Arbeiterin ist die Frau der Vormundschaft des Mannes entrückt und ein selbstständiges Glied der Gesellschaft geworden. Die Empfindung, daß ihnen Unrecht geschieht, indem sie von den Männern als nicht gleichberechtigte Wesen behandelt werden, haben die Frauen, die besser situierten ebenso wie die Arbeiterinnen; aber das Bewußtsein, die klare Erkenntniß ihrer Gleichberechtigung fehlt noch den meisten Frauen und zwar den materiell besser situierten mit vorsehlicher Bildung mehr, als den dem Arbeiterstande angehörigen mit mangelhafter Bildung. Die wahre Ehe, die Grundlage des sittlichen Kulturlebens, die Ehe, in welcher Mann und Frau durch gegenseitige gleiche Liebe und Werthschätzung mit einander verbunden sind, ist heut zu Tage in den höheren Ständen noch seltener, als in den niederen. Die aus egoistischen Motiven geschlossenen Ehen, die gegenwärtig die Regel bilden, sind nicht weniger unstlich, als die Prostitution. Das eheliche Leben ist in den meisten Fällen kein beglückendes; wo Liebe vorhanden ist, fehlen die nöthigen Existenzbedingungen, und wo diese vorhanden sind, fehlt die Liebe. Unter den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen ist eine große Zahl von Mädchen und Frauen darauf angewiesen, durch Erwerbsthätigkeit selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Daß für weibliche Arbeit geringere Löhne zu zahlen sind als für männliche, gilt immer noch als selbstverständlich. In Amerika ist zuerst das urathe Vorurtheil praktisch widerlegt worden. Mädchen und Frauen bewiesen dort thatsächlich, daß sie auch Kerze, Advokaten, Richter u. dgl. sein können. Man verwende also auf die geistige Ausbildung der Mädchen mehr, als es bisher geschehen, die gleiche Sorgfalt, wie auf die der Knaben; man gewähre ihnen den Zutritt zu den Unterrichtsanstalten, auch zu den Universitäten und zu allen Berufs- und Erwerbszweigen, für welche sie sich betheiligen können und sich als befähigt erweisen. Die Emanzipation des Weibes, die gegenwärtig gefordert wird, bedeutet nicht, daß das Weib gewisse äußerliche Manieren und Sitten und Unsitte, die bisher nur dem Manne eigen waren, sich aneignen soll, sondern nur dies, daß die Frauen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen, politischen, stitlichen und geistigen Lebens in Bezug auf Rechte und Pflichten den Männern gleichgestellt werden sollen. Vor Allem müssen wir an uns selbst die Arbeit der Befreiung beginnen. Werden wir selbst besser, dann wird es besser in der Welt werden.

Im Arbeiter-Bezirksverein „Süd-Ost“ hielt am Mittwoch Abend der Stadtverordnete Herr Görke einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Indirekte Steuern“. Redner beleuchtete eingehend das Wesen derselben, die immer Konsumsteuern seien und darum die arbeitende Bevölkerung am meisten belasten, wohingegen die besitzenden Klassen nur einen sehr geringen Prozenttag der indirekten Steuern aufzubringen hätten. Es sei deshalb auch ganz erklärlich, daß das indirekte Wahlrecht mit dem indirekten Steuersystem im engsten Zusammenhang stehe; denn da die besitzenden Klassen vom indirekten Steuersystem Vorteile haben, sei es ganz natürlich, daß sie auch stets bestrebt sind, sich denselben Wahlmodus zu erhalten, welcher ihnen die Majorität in den besagenden Körperschaften sichert und womöglich die Arbeiter ganz ausschließt. Nicht aller Arbeiter sei es daher, überall für das allgemeine Beste, geheime und direkte Wahlrecht energisch einzutreten, denn nur dadurch sei es möglich, die Forderung nach einer einzigen progressiven Einkommensteuer, welche die einzig gerechte Steuerform sei, zur Geltung zu bringen. Nach einer kurzen Diskussion hierüber sprachen die Herren Schulz, Körte, Lutzbauer, Görke u. a. über die „Anträge Ackermann“ und waren alle Redner der Ansicht, daß dieselben nicht geeignet wären, den Handwerkerstand zu heben und konkurrenzfähig zu machen, sondern daß sie, falls ihre Annahme erfolge, die Arbeiter noch mehr in Abhängigkeit bringen würden, weshalb jeder verständige Arbeiter entschieden Front machen müsse gegen derartige reaktionäre Maßregeln. Nachdem dann noch die eingegangenen Fragen erledigt waren, trat um 11 Uhr Schluß der Versammlung ein.

* **Öffentliche Versammlung sämtlicher Metallschraubern, Facondreher und Berufsgenossen.** Heute, Sonntag, Vormittag 10^{1/2} Uhr, im Lokal des Herrn Wohlhaupt, Mantuffstraße 9. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über den Streik bei der Firma Schaal, Ros u. Co., Stallschreiberstraße 59. 2. Berichterstattung über die Konferenz mit den Herren Arbeitgebern unserer Branche, betr. Einführung des Minimal Lohnsatzes. Kollegen, am 26. Februar hat eine von 500 Personen besuchte Versammlung stattgefunden, welche einstimmig die Arbeitskündigung in oben genannter Fabrik für gerechtfertigt anerkannt hat; eine Einigung ist bis heute noch nicht erzielt worden, wir haben es deshalb für unsere Pflicht erachtet, Bericht zu erstatten. Beigt bei dieser Versammlung, daß Ihr Eure Lage erkannt habt, denkt daran, daß unsere Freunde nicht allein für sich, sondern auch für uns kämpfen, und daß wir verpflichtet sind, Mann für Mann für dieselben einzutreten. Insbesondere erachten wir uns für verpflichtet, mit der Mahnung an diejenigen Kollegen, welche dem Verein noch fern stehen, heran zu treten, sich endlich von allen Vorurtheilen los zu reiben. Fort mit dem Indifferentismus und betheiliget Euch an der Organisation zu unserem Wohle und Wohle unserer Mitmenschen. Thut Jeder seine Schuldigkeit, so ist der Sieg der unsrige. Erscheint also Mann für Mann in dieser Versammlung, verbreitet diese Einladung in den weitesten Kreisen unserer Kollegen und sucht dem Verein neue Mitglieder zuzuführen. Der Vorstand des Vereins der Metallschraubern, Facondreher und Berufsgenossen.

* **Karion- und Luxuspapierarbeiter.** Montag, den 8. März cr., Abends 8 Uhr, Blumenstr. 56, Versammlung. Tagesordn.: 1. Die Frauenarbeit in unserer Branche. Referent: Freundreich. 2. Ergänzungswahl der Kommission.

* **Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher.** Montag, den 8. d. M., Abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal des Herrn

Beid, Alexanderstraße 31, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Anatomie des Fußes. Refer. Herr Runge. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. — Gäste willkommen.

Bezirks-Verein des werktätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Seefeldt, Grenadierstraße 33, statt. Näheres im Inseratenteil der Dienstag-Nummer dieser Zeitung.

Der Fachverein der Drechsler, Knopfmacher und verwandten Berufsgenossen hielt am 2. d. Mts. eine, wegen der ungunstigen Witterung leider nur schwach besuchte Versammlung ab. Herr B. Vieslander hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Produktion und Konsumtion. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Schrader und Kiehl. Herr Hirsch ersuchte im Namen der streikenden Schraubendreher um Unterstützung derselben. Darauf wurde ein Antrag des Herrn Weiskopf, den streikenden Schraubendrehern den Ueberbruch des letzten Vermögens im Betrage von 33,35 M. zu überweisen, einstimmig angenommen.

Verein der Parquetbodenleger Berlins. Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, geschlossene Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Pieper, Mauerstraße 86. Tagesordnung: 1. Abrechnung des Vergütungskomitees. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.

Freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen. Versammlung am Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Abrechnung der beiden Kassierer der alten Vereine. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt. Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, Invalidenstr. 16, Versammlung. Tagesordnung: 1. Wie stellt sich der Verein zu den Kommunalwahlen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Sämtliche Stadtverordnete der Arbeiterpartei sind zu dieser Versammlung eingeladen worden. Die Hauptstelle des Vereins befindet sich Adlerstraße 143 (Ecke der Invalidenstr.) bei Herrn Schocher, Sonntag Vormittags von 10-12 Uhr. Dasselbst findet auch der Umtausch und das Ausgeben der Vereinsbibliotheksbücher statt.

Verband deutscher Zimmerleute (Lokalverband Berlin O.) Dienstag, den 9. d. Mts., Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. 77/79, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Wochenbeitrag 10 Pf., Schreibgebühr 50 Pf.

Wirergesellen-Verband. Die Monats-Versammlungen finden von Montag, den 8. März ab, im Lokal des Herrn Julius Zimmermann, Andreasstraße 37, Abends 8 Uhr, statt. I. **Auf Veranlassung des Freidenker-Vereins „Leistung“** hält am Mittwoch, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Buggenhagen, Oranienstr. 147, Herr Professor Dr. Ludwig Büchner aus Darmstadt einen Vortrag über: „Religiöse und wissenschaftliche Weltanschauung.“ Einladungen für Nichtmitglieder zum Preise von 2 Marl. 1 Marl und 50 Pf. sind bei den Herren Otto Friederich, Kleinbeerenstr. 6 und Julius Freund, An der Jerusalem Kirche 2, sowie in den später zur Anzeige gelangenden Verkaufsstellen zu haben. Der Eintritt ist Herren und Damen gestattet. Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Quittung pro 1885/86 freien Zutritt auf dem III. Platz. Gegen Nachzahlung von 1,50 Marl resp. 50 Pf. können dieselben Einladungen für den I. resp. II. Platz erhalten.

Letzte Nachrichten.

Der deutsche Reichskanzler leidet, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, seit drei Tagen an einem schmerzhaften Ausleuchtungsanfall in Brust und Schultern. Seiner Absicht, sich am zweiten Tage an der Reichstags-Debatte über das Branntwein-Monopol zu beteiligen, ist im Hinblick auf früher von ihm erlittene Anfälle von Lungen- und Brustfell-Entzündung ärztlicherseits so bestimmt entgegen getreten worden, daß darauf hat verzichtet werden müssen.

Die Gesellschaft der Landwirthe in Paris, in welcher Alglave das Branntwein-Monopol verteidigte, nahm daselbst sehr schlecht auf. Mehrere Redner sagten ihm, daß Monopol beywende bloß die Deckung des Fehlbetrages, der durch die elende Finanzwirtschaft seiner Freunde, der Gambettisten, entstanden sei.

Der „Attentäter“, welcher in der Pariser Börse mit einem Revolver an die Wände, schoß ist ein Bretagner mit Namen Gallo. Derselbe ist schon wegen Falschmünzerei verurtheilt worden, nennt sich „Anarchist“ und ist verrückt.

Aus Paris wird ferner gemeldet, daß der Gemeinderath unter der Form der Unterstützung von Bedürftigen 10 000 Franks für die Streikenden zu Decazeville votirt hat. Bravo!

Auch in Schweden sind jetzt Kornzölle eingeführt worden. Der Reichstag genehmigte mit 105 gegen 99 Stim-

men einen Einfuhrzoll von 2 Kronen per 100 Kilogramm für Roggen, Weizen, Gerste, Mais, Erbsen und Bohnen. Das wird den deutschen Ostseehandel empfindlich treffen. Doch — wie ich Dir, so Du mir! Wir leben nun einmal in der Area der Kampfzölle und daran trägt das Deutsche Reich die größte Schuld.

Briefkasten der Redaktion.

F. 26. Nachdem Sie sowohl mit Ihrer Reskamation als auch mit dem Rekurs an den Finanzminister abgewiesen sind, könnten Sie es höchstens mit einer — vorausichtlich erfolglosen — Immediatengabe an den König versuchen.

D. d. M. Unverständlich. G. D. Sie fragen wohl im Scherz an, ob auch ein Inhaber der 1848/49 von Friedrich Wilhelm IV. gestifteten Ränge vom Sozialistengesetz betroffen werden könnten? Natürlich, wenn er der bösen Sozialdemokratie angehört.

G. S. Weihenburgerstraße 1. Sie wissen selbst nicht, welcher Beruf für Ihren Sohn am besten eignet, und wünschen nun von uns Auskunft: das ist doch wohl etwas zu viel verlangt, wir sind doch auch nicht allwissend. 2. Ein Familienvater, der in Berlin bloß arbeitet, aber an einem anderen Orte wohnt, braucht nur an letzterem Steuern zu zahlen. 3. Wenn, wie kaum zu erwarten ist, der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ablehnt, so können nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des alten Gesetzes, also am 1. Oktober d. J., alle Ausgewiesenen ohne Weiteres nach Berlin zurückkehren.

S. St. 100. Da Ihnen der Meister beim Engagement gesagt hat, es solle während der ersten 8 Tage tägliche Kündigung bestehen, können Sie ihn nur auf eintägigen Lohn beim Gewerbegericht verklagen.

Abonnement A. S. Der Umstand, daß Sie unverheiratet sind, schüßt Sie nicht gegen die unwillkommenen Besuche des Gerichtsvollziehers. Sie haften für die Gerichts- und Anwaltskosten, nicht aber Ihre spätere Ehefrau. Das dieser bei der Verheirathung gebührende Vermögen bleibt deren Eigenthum und kann wegen Ihrer Schulden nicht gepfändet werden. Sorgen Sie aber für einen genügenden Beweis dafür, daß die einzelnen Gegenstände Ihrer Frau bei der Verheirathung gehören. Es ist ganz rathsam, wenn auch nicht unbedingt nöthig, daß Sie vor Ihrer Verheirathung auf Ihr Verwaltungs- und Nießbrauchsrecht durch notariellen Vertrag verzichten und in letzteren die einzelnen Vermögensbestandtheile Ihrer Frau aufnehmen.

5. Wahlkreis.

Dienstag, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Jacobi, Sandbergerstraße 82, Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn A. Gerisch über: „Leistung's Leben und Wirken.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder. [883]

Der Vorstand. Heute Abend versammeln sich die Mitglieder nebst Familie zu einem gemütlichen Zusammensein in demselben Lokale.

Bekanntmachung.

Die ordentliche General-Versammlung der Orts-Kranken-Kasse der Möbelpolirer

findet am Sonntag, d. 14. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, Grüner Weg 29, statt, wozu die Herren Vertreter der Kasse hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung: 1. Jahres-Bericht über den Stand der Kasse. 2. Bericht der Revisions-Kommission. 3. Regelung der Kranken-Kontrolle. [892] 4. Anträge und Verschiedenes.

Der Vorstand. Karl Lederhause, Gustav Mühlbrod, Vorsitzender, Schriftführer.

Fachverein der Tischler.

Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Gestlach über: „Arbeiter-Hygiene.“ Diskussion und Fragelasten. Gäste sind willkommen. 900 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs-Kasse d. Cd. Methlow'schen Fabr. Arb. (C. S. 43).

Außerord. Generalversammlung Sonntag, den 21. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Restaurant Watterstein, Janowitz-Brücke 2.

Tagesordnung: Aenderung der §§ 4, 7, 20, 21. Wahl eines Kassierers. Beschluß über Auflösung der Hilfskasse. [903] Der Vorstand. G. Stans, J. Wendler.

Arb.-Bez.-Verein im Westen Berl. Versammlung

Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Gründer's Salon, Schwercinstr. 28.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wihl. Liedtke. 2. Verschiedenes und Fragelasten. [896] Mitglieder werden aufgenommen.

Öffentl. Versammlung der Posamentiere, Seidenknopfmacher und Fernstoffgenossen

Montag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holmarktstr. 72.

Tagesordnung: Die Produktion der Gegenwart und der Niedergang des Handwerks. Referent: Herr Richelsen. — Alle Kollegen werden ersucht, zu erscheinen. [906] Der Einberufer.

NB. Montag, den 15. März, Versammlung des Fachvereins.

Kartonarbeiter-Versammlung

am Montag, den 8. d. M., Abends 8 Uhr, in Eberbachs Lokal, Blumenstraße 56. Tagesordnung: Die Frauenarbeit in unserer Branche. Referent: Herr Freudenreich. [919]

Die Wein-Grosshandlung von **Friedr. Schulze** 889] als: **Hoflieferant Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl von Preussen, Lieferant der 3 Parlamente: Reichstag, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus, Berlin W., Königgrätzer - Strasse 15, empfiehlt ihr Lager gut gepflegter Rother Bordeauxweine**

als:	per Fl.	M Pf
1881r Medoc Lamarque	120	
„ „ Pontet Canet	125	
„ „ St. Julien	125	
„ Kirwan, Cantenac	150	
„ Dacruz, St. Julien	150	
1880r Milon, Pauillac	150	
1880r Château Montrose	175	
1880r Château Beychevelle	175	
1880r Château Calon	175	
1878r Château Beaumont	2	
1878r Château Pichon longueville	2	
1878r Château Léoville	2	
1878r Château Margaux	225	
1878r Château Talbot	250	
1878r Château Belair	275	
1875r Château Larose	3	
1878r Château Latour-Carnet	350	
1881r Château Lagrange-St. Julien	450	
1881r Château Mouton d'Armailhac, Grand vin, Originalgewächs	5	
1874r Château Latour, II. Gewächs	5	
1874r Château Lafite, II. Gewächs	6	
1878r Château Léoville, Grand vin, Marquis de Lascases, Originalgewächs	750	
1881r Château Gruaud Larose, Grand vin, Originalgewächs	8	
1875r Château Léoville, Grand vin, Originalgewächs	9	
1875r Château Gruaud Larose, Grand vin, Originalgewächs	950	
1875r Château Latour, Grand vin, Originalgewächs	14	
1875r Château Mouton Rothschild, Grand vin, Originalgewächs	15	
1869r Château Margaux, Grand vin, Originalgewächs	16	

Ausserdem empfiehlt dieselbe ihr reich assortirtes Lager in anerkannt preiswürdigen Mosel- und Rheinweinen, in Ungar. Burgunder sowie Madeira, Portwein, Sherry, diversen echten französischen und deutschen Champagner - Marken zu den billigsten Preisen.

Berliner Lotterie. Hauptgewinn: W. M. 15,000, 8000, 6000, 5000, 4000 u. Gesamtw.: M. 131,000. Die aus goldenen und silbernen Münzen bestehenden Gewinne haben einen effektiven Werth von 90 Prozent des angeführten Betrages. Loose à 1 Marl zur ersten Ziehung (bereits 7. April). Voll-Loose, für alle 3 Klassen gültig, 3 Mk. (für Porto und Liste 20 Pf.) empfiehlt **A. Aschenheim, Berlin W., Friedrichstraße 171, und die durch Plakat belegten Handlungen.**

Arbeiter-Bez.-Verein der Rosenthaler Vorstadt. Montag, den 8. März, Abends 8 Uhr, Invalidenstr. 16: **Grosse Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme des Vereins zu den Kommunalwahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Die Stadtverordneten der Arbeiterpartei sind eingeladen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Allen Freunden und Bekannten empfehlen wir unser **Cigarren- und Tabak-Geschäft** (eigenes Fabrikat). Lager von russ. u. türkischen Cigaretten, Jordh. Pantabak und alle Sorten Rauchtabake. **Ballmüller & Steinicke, N., Veteranen-Str. 28, Ecke Brunnen-Str.**

Ein eleg. Damenmaskenanzug ist zu verkaufen Wadlerstr. 75, Hof II. rechts. [920] **Do speisen Sie?** In der alten Pommer'schen Küche d. Klein, jetzt Oranienstr. 181, Hof v. Gedieg. Mittagstisch m. Bier 50 Pf. Abendstisch ingr. Auswahl v. 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt in Villa d. Empfehle meine Schlosserei und Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt. Nähmaschinen sämtlicher Systeme auf Lager. [834] **R. Piew, Rusdamerstr. 38, 80.**

Roh-Tabak. Größte Auswahl sämtlicher in- und ausländischer Sorten, sowie guten [546] **Sumatra-Schnitt** zu billigsten Preisen **Brunnenstraße 141/142, Heinrich Frank.** Sauberer Damen-Maskenanzug bill. zu verl. Frau Strauch, Mariannenspl. 11, v. [917] **E. g. Einsegnungsanzug bill. zu verkaufen.** Französischestr. 1/3, Bergdauer. [914]

Restaurant eröffnet habe und bitte mich durch geeigneten Bursch gutigst unterstützen zu wollen. [912] Hochachtungsvoll **A. Schade.**

Selbstunterricht in der einfachen und doppelten **Buchführung** und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buchmethode von **C. Schmidt,** Lehrer der Handelswissenschaft. Preis 1 Marl 50 Pf. Zu bez. durch d. Exped. d. „Berliner Volksblatt“, Berlin, Zimmerstr. 44. [912]

Die Buchdruckerei von **MAX BADING** BERLIN SW., Beuth-Str. 2 empfiehlt sich zur **Anfertigung von Druckerarbeiten jeder Art** bei prompter und billiger Bedienung. **Kosten-Anschläge und Papierproben gratis und franco.** **Herren- und Knaben-Garderoben!** fertigt modern, gutgehend und billig, auch feine Reparaturen **C. Siebert, Staligerstr. 24.** **Stepper, Knopfloch- und Handarbeitsrinnen** auf Tricotstollen verlangt **Moshary, Landwehrstr. 9, Hof III.** [907] Ein **Kochschneider** außer dem Hause wird verl. bei **Serloff, Auguststr. 5, part.** [918] **Schürzen-Arbeiterinnen,** rechte, verlangt in u. außer d. Hause **Meyer, Adlerstr. 131, G. I.**

Herren- u. Einsegnungs-Anzüge, sowie Damenkleider und Mäntel im Tuchgeschäft **Prinzenstr. 53, gegenüb. d. Turnhalle. Theilzahlungen gestattet!** **Prinzenstr. 53.**

Prinzenstr. 53.

Prinzenstr. 53.

Prinzenstr. 53.

Prinzenstr. 53.